



Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1986/87

Hohe Leistungsbilanzsalden nach wie vor Störfaktor der weltwirtschaftlichen Entwicklung ...	317
Bundesrepublik Deutschland: Wachstum bleibt hinter Erwartungen zurück	325

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 26/86

Berlin

26. Juni 1986

53. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1986/87

Hohe Leistungsbilanzsalden nach wie vor Störfaktor der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Vorerst ist nicht damit zu rechnen, daß die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in der westlichen Welt abbricht. Auch nach dem beträchtlichen Ölpreisrückgang und der erheblichen Senkung des Dollars ist jedoch die Weltwirtschaft mit Problemen belastet, deren Lösung noch nicht abzusehen ist. An erster Stelle steht in den meisten Ländern das Problem der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit. Daneben sind die hohen Salden, die die Leistungsbilanzen wichtiger Länder aufweisen, ein Störfaktor für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung. Insbesondere durch die wirtschaftspolitische Reaktion auf die unausgewogenen Außenwirtschaftsströme wird die weitere Entwicklung beeinflusst.

Im Vordergrund der Bemühungen um eine Bereinigung der außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten stand zunächst die Wechselkurspolitik: Durch Intervention auf den Devisenmärkten trugen die Notenbanken zu einer beträchtlichen Änderung der Kursrelationen bei. Dies hatte aber bisher keine Verminderung der hohen Leistungsbilanzsalden zur Folge. Im Gegenteil, die Salden vergrößerten sich zunächst noch. Obwohl von der Wissenschaft immer wieder darauf hingewiesen wird, daß Wechselkursänderungen kurzfristig einen in die nicht gewünschte Richtung gehenden Effekt auf die Leistungsbilanzen haben, zeigen die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen des größten Defizitlandes, der USA, eine Ungeduld, die zwar angesichts der drängenden Probleme verständlich ist, die aber auch zum Ausdruck bringt, daß sie falsche Erwartungen der kurzfristigen Wirkungen der Wechselkursänderungen hegen.

Die Folge der Enttäuschung dieser Erwartungen ist, daß nun zunehmend von Seiten der USA auf andere wirt-

schaftspolitische Maßnahmen zur Verminderung der Leistungsbilanzsalden gedrängt wird. So wird insbesondere den Industrieländern mit hohen Überschüssen angeraten, durch expansive Maßnahmen auf einen Abbau dieser Aktivsalden hinzuwirken. Dieser dringende Ratsschlag beruht auf Überlegungen, die durchaus überzeugungskräftig sind. Trotzdem stößt er bei den Regierungen der betreffenden Länder auf erheblichen Widerstand.

Wechselkursänderungen, bei denen sich die Währungen der Defizitländer abwerten und die der Überschußländer aufwerten, reichen für den Abbau der hohen Leistungsbilanzsalden allein nicht aus. Es hängt darüber hinaus von der flankierenden Wirtschaftspolitik ab, ob die Verminderung der Salden gelingt. Ist der wirtschaftspolitische Kurs in der Grundrichtung in den Defizitländern expansiv und in den Überschußländern restriktiv, so ist die Aussicht auf eine Bereinigung der Außenwirtschaftsprobleme gering. Aussicht auf Erfolg besteht dagegen, wenn eine Abwertung von einer restriktiven und eine Aufwertung von einer expansiven Wirtschaftspolitik begleitet wird, wobei die Abwertung bzw. Aufwertung um so schwächer sein kann, je massiver die restriktive bzw. expansive Politik ist. Je expansiver der wirtschaftspolitische Kurs in den Aufwertungsländern ist, um so weniger restriktiv braucht allerdings der wirtschaftspolitische Kurs in den Abwertungsländern zu sein. Der exportanregende Effekt einer Abwertung ist bei kräftigem weltwirtschaftlichen Wachstum in den Defizitländern größer, und ihre Leistungsbilanz wird auch ohne Restriktion der Inlandsnachfrage erheblich entlastet, sofern ihre Wirtschaft nicht an Kapazitätsgrenzen stößt.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	1) GEWICHTE 1984 IN VH		VERAENDERUNG IN VH GEGENUEBER VORJAHR								
	BSP	AUSFUHR DER BRD	1985			1986			1987		
			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE			2) REAL NOMINAL PREISE		
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	7.8		2.4	4.6	2.1	2.5	5.5	3	2.5	5.5	3
FRANKREICH	6.2	16.6	1.1	7.1	5.9	2.5	6.5	4	2.5	5.5	3
GROSSBRITANNIEN	5.5	10.9	3.2	9.5	6.2	2.5	6.5	4	2	6	4
ITALIEN	4.4	10.2	2.3	11.3	8.8	2.5	10.5	8	2.5	8.5	6
SPANIEN	2.0	2.3	2.1	10.8	8.5	2.5	9.5	7	3	8.5	5.5
NIEDERLANDE	1.6	11.4	2.0	4.0	2.0	2	2.5	0.5	2	2	0
BELGIEN	1.0	9.2	1.1	6.2	5.0	2.5	6.5	4	1.5	5.5	4
DAENEMARK	0.7	2.7	2.7	7.9	5.1	2	4.5	2.5	2	5	3
GRIECHENLAND	0.4	1.3	1.7	25.1	23.0	1.5	18	16.5	2	14	12
PORTUGAL	0.2	0.6	2.8	19.2	16.0	2.5	15	12	2	11	9
IRLAND	0.2	0.6	-0.7	4.8	5.5	3	8	5	3	8	5
EG	30.0		2.2	7.9	5.6	2.5	7	4.5	2.4	6.2	3.8
EG OHNE BRD	22.2		2.1	9.0	6.8	2.4	7.5	5.1	2.3	6.4	4.1
EG OHNE BRD ³⁾		65.8	1.9	8.1	6.1	2.4	6.8	4.4	2.2	5.8	3.6
SCHWEDEN	1.2	3.5	2.3	9.5	7.0	2.5	7	4.5	2	5.5	3.5
SCHWEIZ	1.2	7.0	4.1	6.2	2.1	3.5	6.5	3	2.5	5	2.5
OESTERREICH	0.8	6.5	2.9	6.3	3.3	3	6	3	3	6	3
NORWEGEN	0.7	1.5	4.4	10.4	5.7	3	6	3	3	6	3
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	33.9		2.3	7.9	5.5	2.5	6.9	4.4	2.4	6.1	3.7
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD	26.1		2.3	8.9	6.5	2.5	7.4	4.8	2.3	6.3	4
EUROPAEISCHE ³⁾ INDUSTRIELAENDER O.BRD		84.3	2.2	7.9	5.6	2.5	6.7	4.1	2.3	5.7	3.4
USA	46.4	12.6	2.2	5.7	3.4	3	6	3	3.5	7.5	4
KANADA	4.1	1.2	4.5	7.8	3.2	3.5	6	2.5	3	6	3
JAPAN	15.6	1.9	4.7	6.4	1.7	3	4	1	3	4.5	1.5
AUSSEREUROPA. INDUSTRIELAENDER	66.1		2.9	6.0	3.0	3	5.5	2.5	3.4	6.7	3.3
AUSSEREUROPA. ³⁾ INDUSTRIELAENDER		15.7	2.7	5.9	3.2	3	5.8	2.7	3.4	7	3.6
INSGESAMT	100.0		2.7	6.6	3.8	2.9	6	3.1	3	6.5	3.5
INSGESAMT OHNE BRD	92.0		2.7	6.8	4.0	2.9	6.1	3.2	3.1	6.6	3.5
INSGESAMT OHNE BRD ³⁾		100.0	2.3	7.6	5.2	2.6	6.5	3.9	2.5	5.9	3.5

1) AUF DOLLARBASIS. — 2) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR. — 3) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW. GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

Dies ist gegenwärtig in den USA nicht der Fall. Für die weitere Wirtschaftsentwicklung wird gerade darauf gesetzt, daß sich die Auslands-, aber auch die Inlandsnachfrage verstärkt den USA zuwenden. Das weiterhin hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit wird beklagt, weil es zum Ausdruck bringt, daß dies bisher nicht im erwarteten Ausmaß geschehen ist. Ohne eine Beschleunigung der Exportsteigerung und eine Abschwächung der Importzunahme würde es schwerlich gelingen, ein Sozialprodukts- wachstum zu erreichen, bei dem die gegenwärtige Kapa- zitätsauslastung aufrechterhalten wird. Zwar ist die Geld- politik in den USA weiterhin recht expansiv, und sie setzt damit den Rahmen für eine Fortsetzung des Wirtschafts- wachstums. Die Finanzpolitik ist jedoch nun stärker durch die Bemühungen um Haushaltskonsolidierung geprägt.

Es ist für dieses und das nächste Jahr nur noch eine ge- ringfügige Zunahme der realen Staatsausgaben geplant. Die kräftigen expansiven Impulse, die in den vergan- genen Jahren von der Steigerung der Staatsausgaben ausgingen, fallen daher nun weg. Würde dies nicht durch die Entwicklung anderer Sozialproduktskomponenten kompensiert, so wäre eine Wachstumsabschwächung un- vermeidlich.

Der private Verbrauch wird kaum stärker als im bishe- rigen Tempo expandieren, und die Anlageinvestitionen nehmen in diesem Jahr sogar erheblich schwächer zu als in den vergangenen. Die Unternehmen verhalten sich zu- nächst noch abwartend. Erst wenn die tatsächliche Ex- portentwicklung zeigt, daß die erstrebte Umschichtung zum Export gelingt, ist damit zu rechnen, daß die Unter-

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LÄNDER	PRIVATER VERBRAUCH			ÖFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE- INVESTITIONEN			EXPORTE VON GÜTERN			IMPORTE UND DIENSTEN		
	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	1.7	4.5	3.5	2.1	2.5	2	-0.3	3	4.5	7.2	1.5	4	4.7	5	6
FRANKREICH	1.9	3	2.5	1.3	1.5	1	1.6	2.5	2.5	2.0	2.5	4	3.0	5	4.5
GROSSBRITANNIEN	2.8	3	3	0.5	1	1	1.0	1	2	6.1	4	3	3.0	2.5	3
ITALIEN	1.9	3	3	2.5	2	2	4.1	4	4.5	8.2	4	4	9.4	6	6
SPANIEN	1.0	1.5	2	4.5	4	3	6.0	7	6	2.0	4	4.5	3.0	4	4.5
NIEDERLANDE	2.0	2.5	2.5	0.5	0.5	0	2.5	3.5	3.5	5.0	3	4	5.5	4.5	4.5
BELGIEN	0.0	1.5	1.5	-1.0	-0.5	-1	3.0	3.5	3	4.0	4	5	2.5	4	4
DAENEMARK	2.6	2.5	2	1.1	0.5	1	13.9	2.5	2.5	3.9	4.5	4.5	7.3	5	5
GRIECHENLAND	1.5	1	1.5	3.0	2.5	2.5	2.5	1.5	2	6.0	3.5	4	5.0	3.5	4
PORTUGAL	1.0	1.5	1.5	1.0	0	0.5	0.0	2	1.5	7.5	6	6	8.0	5	5.5
IRLAND	1.5	2	2	0.0	0	0	2.0	2	2.5	10.5	8	7	7.0	5.5	4.5
1) EG	1.9	3.1	2.8	1.6	1.7	1.4	2.0	3	3.5	5.5	3.1	4	4.7	4.5	4.8
EG OHNE BRD	1.9	2.7	2.6	1.4	1.4	1.2	2.8	3	3.2	4.9	3.7	4	4.7	4.3	4.4
SCHWEDEN	2.5	2.5	2	1.5	1.5	1	4.0	3	2	3.0	4	4.5	7.5	4	5
SCHWEIZ	1.8	3	2.5	2.5	1	2	5.2	4.5	3.5	7.8	5	3.5	5.0	4.5	4
ÖSTERREICH	2.2	2.5	2.5	1.5	1.5	1	5.3	5	5	10.4	4	4.5	8.8	4	4.5
NORWEGEN	7.5	3	2	3.2	2	2.5	-13.8	4	2	4.9	2	4.5	7.0	2	1.5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELÄNDER	2.0	3.1	2.7	1.6	1.7	1.4	1.8	3.1	3.5	5.7	3.2	4	5.0	4.4	4.7
EUROPAEISCHE INDUSTRIEL. O. BRD	2.1	2.7	2.5	1.5	1.4	1.2	2.5	3.2	3.2	5.2	3.7	4.1	5.1	4.2	4.3
USA	3.3	3	3	5.7	1	1.5	7.7	3	5	-3.0	5	7	2.7	4	1
KANADA	5.2	3	2.5	2.1	1	1	7.0	6	4	4.5	6	6	6.7	5	3.5
JAPAN	2.7	3	3	2.6	2.5	2.5	5.8	6	5	5.9	-1.5	1.5	0.5	2	5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELÄNDER	3.3	3	3	5.0	1.2	1.6	7.0	4.2	4.9	0.9	3.1	5.1	2.7	3.7	2.3
1) INSGESAMT	2.8	3	2.9	3.8	1.4	1.5	5.3	3.8	4.5	3.6	3.2	4.5	4.0	4.1	3.6
1) INSGESAMT O. BRD	2.9	2.9	2.8	3.9	1.3	1.5	5.8	3.9	4.5	3.1	3.4	4.6	3.9	3.9	3.3

1) GEWICHTE 1984 AUF DOLLARBASIS.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHÄTZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW.
GESCHÄTZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERÄNDERUNGSRATEN GERUNDET.

nehmen ihre Kapazitäten wieder stärker ausweiten und ihre Investitionen entsprechend steigern. Für das weitere Investitionsverhalten ist jedoch nicht nur die künftige Exportentwicklung von großer Bedeutung, sondern darüber hinaus auch der künftige geldpolitische Kurs. Würde der Federal Reserve Board aus Furcht vor einer Inflationsbeschleunigung die geldpolitischen Zügel wieder anziehen und damit zinssteigernd wirken, so würde dies einer fühlbaren Verbesserung der Investitionsneigung entgegenstehen.

Der Wirtschaftsverlauf in den USA hängt gegenwärtig stärker als in der Vergangenheit vom Geschehen in der übrigen Welt ab. Während diese in den letzten Jahren vom Wirtschaftsaufschwung in den USA und dem damit einhergehenden hohen amerikanischen Leistungsbilanzdefizit profitierte, erhoffen sich nun die USA von der Entwicklung in den übrigen Industrieländern Impulse, die dazu beitragen, daß sich die wirtschaftliche Expansion in den USA fortsetzt. In keinem dieser Länder — auch nicht in den beiden Überschußländern Japan und Bundesrepu-

blik Deutschland — wird jedoch gegenwärtig eine Wirtschaftspolitik betrieben, bei der sich die meist nur mäßige gesamtwirtschaftliche Expansion auf längere Sicht beschleunigt.

Für die Prognose der Entwicklung in den USA wird hier angenommen, daß die Dollarabwertung den amerikanischen Export trotz der mäßigen Expansion der Weltwirtschaft noch in diesem Jahr stimulieren wird. Zudem wird unterstellt, daß die Geldpolitik in den USA nur allmählich von ihrem sehr expansiven Kurs abgeht. Es wird deshalb damit gerechnet, daß sich die Expansion des realen Sozialprodukts im Laufe dieses Jahres leicht beschleunigt, wobei Exporte und Anlageinvestitionen in der zweiten Jahreshälfte rascher zunehmen als im ersten Halbjahr. Für 1987 ist eine Fortsetzung dieser Entwicklung zu erwarten, wobei Exporte und Anlageinvestitionen noch etwas kräftiger steigen werden.

In Japan hat sich das wirtschaftliche Wachstum als Folge der Verminderung der Exporte in die USA spürbar

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

LAENDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIG- KEIT UND VERMOEGEN						1) UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT			2) STUECKGEWINN			2) LOHNSTUECKKOSTEN			2) LOHNSTUECKKOSTEN		
	IN LANDESWÄHRUNG															IN SZR		
	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987			
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	8.0	9	7.5	3.8	5	5	5.4	6	5	1.3	2.5	2	-1.1					
FRANKREICH	10.6	12	8	6.5	4.5	4.5	9.4	9.5	5.5	5.3	2	2	3.4					
GROSSBRITANNIEN	10.5	4	5	8.4	7.5	6.5	6.8	1.5	2.5	4.7	5	4.5	2.5					
ITALIEN	13.6	18	10	11.1	9	8	11.0	15	7	8.6	6.5	5.5	0.9					
SPANIEN	12.1	12.5	9.5	8.5	7.5	8	9.9	9.5	6.5	6.4	5	5	1.5					
NIEDERLANDE	8.7	2.5	2	1.5	2.5	2	6.6	0.5	0	-0.5	0.5	0	-3.0					
HELGIEN	8.2	10.5	9	5.0	5	4	7.1	8	7.5	4.0	2.5	2.5	2.2					
DAENEMARK	6.9	4.5	4	7.2	5	5	4.1	2.5	2	4.4	3	3	3.0					
GRIECHENLAND	27.5	18.5	11.5	23.0	18	17	25.5	16.5	9.5	20.9	16.5	14.5	-0.4					
PORTUGAL	23.0	17	11.5	17.0	13	11	19.6	14	9	13.8	10	9	-1.3					
IRLAND	-3.0	10.5	12	8.5	7	6.5	-2.5	7.5	9	9.3	4	3.5	8.2					
3) EG	10.8	10.5	7.6	7.0	6.2	5.8	7.2	6.5	4.6	3.9	3.2	2.8	0.8					
3) EG OHNE BRD	11.7	11	7.7	8.1	6.6	6.1	8.0	6.7	4.4	4.9	3.5	3.1	1.5					
SCHWEDEN	14.4	9	4.5	8.0	6.5	6	11.8	6.5	2.5	5.6	4	4	2.5					
SCHWEIZ	11.0	10	7	4.0	5	4	6.7	6	4.5	-0.1	1.5	1.5	-3.6					
OESTERREICH	8.2	7	8.5	6.1	5.5	5	5.2	4	5.5	3.2	2.5	2	0.8					
NORWEGEN	16.5	6	6	7.0	6	6	11.6	3	3	2.5	3	3	-1.8					
EUROPAEISCHE 3) INDUSTRIELAENDER	11.0	10.2	7.5	6.9	6.2	5.7	7.5	6.3	4.5	3.7	3.2	2.8	0.6					
EUROPAEISCHE 3) INDUSTRIEL.O.BRD	11.8	10.6	7.5	7.8	6.5	6	8.2	6.5	4.3	4.5	3.4	3.1	1.2					
USA	2.7	6.5	10.5	6.8	6	6.5	0.5	3	7	4.5	3	3	5.5					
KANADA	7.2	6.5	9	7.0	6	5	2.6	3	5.5	2.4	2.5	2	-2.0					
JAPAN	12.3	2	5.5	4.8	4.5	4	7.3	-1	2.5	0.2	1.5	1	0.7					
AUSSEREUROPA. 3) INDUSTRIELAENDER	5.4	5.3	9.1	6.4	5.7	5.8	3.3	1.6	5.1	2.6	2.4	2.1	2.4					
3) INSGESAMT	7.4	7	8.6	6.5	5.8	5.8	5.8	4.4	4.7	3.3	2.9	2.5	1.4					
3) INSGESAMT O.BRD	7.3	6.9	8.6	6.7	5.9	5.9	5.9	4.1	4.7	3.6	2.9	2.6	1.8					

1)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTÄTIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-
2)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-3)GEWICHTET
MIT 1984ER ANTEILEN. FUER 1) UND 2); GEWICHTET NACH EXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA -
DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN.

QUELLEN: SAEG,VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAETZUNGEN DES DIW.
GESCHAETZTE UND PROGNOSTIZIERTE VERAENDERUNGSRATEN GERUNDET.

verlangsamt. Soll hier eine weitere Wachstumsabschwächung vermieden werden, ist eine schnellere Umschichtung von ausländischer zu heimischer Nachfrage notwendig. Denn infolge der Dollarabwertung, die gegenüber dem Yen noch kräftiger ausgefallen ist als gegenüber den europäischen Währungen, sind die Exportchancen Japans fühlbar beeinträchtigt worden. Die Exporte Japans sind auf Dollarbasis immer noch sehr hoch, und die Handelsbilanz schloß im Mai diesen Jahres mit einem Rekordüberschuß von rd. 7,5 Mrd. \$ ab. Hierin kommt zum Ausdruck, daß das Ausland auf die wechselkursbedingten Preissteigerungen eher verzögert reagiert, zumal die japanischen Exporteure die Aufwertung nicht voll in den Preisen weitergegeben haben. Darüber hinaus machen sich ölpreisbedingte Einsparungen auf der Importseite bemerkbar. Das Exportvolumen ist jedoch schon im zweiten Halbjahr 1985 merklich zurückgegangen, und es ist damit zu rechnen, daß die Schwächetendenz zunächst noch anhält, zumindest solange der Yen weiter

unter Aufwertungsdruck steht. Infolgedessen wird das japanische Exportvolumen im laufenden Jahr geringer sein als im Vorjahr. Im Zuge der zu erwartenden Wachstumsbeschleunigung in den USA dürften die retardierenden Kräfte im Verlaufe des zweiten Halbjahres 1986 langsam abklingen, so daß für das nächste Jahr wieder mit einer leichten Zunahme der Exporte zu rechnen ist.

Trotz der starken Yen-Aufwertung wird der Überschuß in der Leistungsbilanz nur allmählich zurückgehen. Denn nach wie vor ist der Zugang zum japanischen Markt für ausländische Produzenten beschränkt, und die Importnachfrage wächst konjunkturbedingt langsamer, so daß ein Importsog als Folge der wechselkursinduzierten Preisvorteile des Auslandes sich allenfalls zögernd durchsetzen wird.

Mehrere Gründe sprechen dafür, daß die Ertragseinbußen aus dem Exportgeschäft die Investitionstätigkeit insgesamt zunächst nur wenig beeinträchtigen. Einmal

Sparen und Investieren in ausgewählten Ländern
in vH des Bruttosozialprodukts

	1984	1985	1986 ¹	1987 ¹		1984	1985	1986 ¹	1987 ¹
Bundesrepublik Deutschland					USA				
Sparen der Haushalte	7,4	7,3	7,8	7,5	Sparen der Haushalte	4,3	3,2	3,2	3,0
Sparen des Staates ²	-1,9	-1,1	-1,0	-0,8	Sparen des Staates ²	-2,9	-3,5	-3,4	-2,5
Sparen des Auslands ³	-1,0	-2,1	-3,3	-3,3	Sparen des Auslands ³	2,8	2,9	3,1	2,7
Sparen der Unternehmen	1,3	1,4	2,0	2,2	Sparen der Unternehmen	2,6	3,2	3,2	2,2
Abschreibungen	12,6	12,5	12,3	12,3	Abschreibungen	11,1	11,0	11,0	11,0
Bruttoinvestitionen ⁴ der Unternehmen	18,4	18,0	17,8	17,9	Bruttoinvestitionen ⁴ der Unternehmen	17,9	16,8	17,1	16,4
Fremdfinanzierung der Investitionen	4,5	4,1	3,5	3,4	Fremdfinanzierung der Investitionen	4,2	2,6	2,9	3,2
Frankreich					Kanada				
Sparen der Haushalte	10,3	9,2	8,6	8,3	Sparen der Haushalte	9,0	8,3	6,8	6,5
Sparen des Staates ²	-2,9	-2,6	-2,6	-2,5	Sparen des Staates ²	-6,3	-6,1	-5,0	-4,6
Sparen des Auslands ³	0,1	-0,1	-1,1	-0,8	Sparen des Auslands ³	-0,6	0,6	1,5	0,8
Sparen der Unternehmen	-3,4	-2,4	-0,4	0,0	Sparen der Unternehmen	1,7	2,0	2,0	2,9
Abschreibungen	12,1	12,0	12,0	12,0	Abschreibungen	12,3	12,2	12,2	12,2
Bruttoinvestitionen ⁴ der Unternehmen	16,2	16,1	16,5	17,0	Bruttoinvestitionen ⁴ der Unternehmen	16,1	17,0	17,5	17,8
Fremdfinanzierung der Investitionen	7,5	6,5	4,9	5,0	Fremdfinanzierung der Investitionen	2,1	2,8	3,3	2,7
Großbritannien					Japan				
Sparen der Haushalte	8,1	7,9	8,1	8,0	Sparen der Haushalte	12,4	10,8	10,9	10,7
Sparen des Staates ²	-3,9	-3,1	-3,2	-3,1	Sparen des Staates ²	-2,2	-1,3	-0,8	-0,4
Sparen des Auslands ³	-0,3	-0,8	-0,7	0,0	Sparen des Auslands ³	-2,8	-3,7	-4,1	-3,6
Sparen der Unternehmen	-0,6	-0,2	-0,8	-1,8	Sparen der Unternehmen	1,2	3,4	3,9	3,8
Abschreibungen	12,1	12,0	12,0	12,0	Abschreibungen	13,7	13,7	13,8	13,8
Bruttoinvestitionen ⁴ der Unternehmen	15,4	15,8	15,4	15,1	Bruttoinvestitionen ⁴ der Unternehmen	22,3	22,9	23,7	24,3
Fremdfinanzierung der Investitionen	3,9	4,0	4,2	4,9	Fremdfinanzierung der Investitionen	7,4	5,8	6,0	6,7
Italien									
Sparen der Haushalte	18,4	15,4	14,8	14,5					
Sparen des Staates ²	-13,0	-14,0	-12,9	-12,8					
Sparen des Auslands ³	0,9	1,1	-0,8	-0,6					
Sparen der Unternehmen	-1,7	1,8	3,2	3,1					
Abschreibungen	10,2	10,1	10,1	10,1					
Bruttoinvestitionen ⁴ der Unternehmen	14,8	14,4	14,4	14,3					
Fremdfinanzierung der Investitionen	6,3	2,5	1,1	1,1					

1) Geschätzt. — 2) Haushaltsdefizit des Staates (-). — 3) Überschuß der Leistungsbilanz (-). — 4) Einschl. Lagerinvestitionen.
Quellen: Nationalstatistiken; OECD Economic Outlook.

sind die Investitionsstrategien japanischer Unternehmen besonders stark mittel- und langfristig orientiert und weniger von der aktuellen Gewinnentwicklung abhängig, zumal die Bereitschaft zur Fremdfinanzierung stark ausgeprägt ist. Zum anderen hat die japanische Regierung bereits im April beschlossen, durch Bereitstellung von Sonderkrediten insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe Investitionen zur Umorientierung auf Produktionsmöglichkeiten für den heimischen Markt zu fördern. Weitere Maßnahmen sind im Gespräch. Auch der private Wohnungsbau wird mit Deregulierungsmaßnahmen sowie mit günstigeren Finanzierungsbedingungen stimuliert. Darüber hinaus sollen die Energieversorgungsunternehmen und die Fernmeldegesellschaft NTT ihre Investitionsbudgets aufstocken. Insgesamt dürfte sich das Investitionswachstum infolgedessen nur wenig abschwächen. Unter Berücksichtigung des Überhangs aus dem Jahr 1985 ist im laufenden Jahr mit einer ähnlich hohen Zunahme wie im Vorjahr zu rechnen.

Die öffentlichen Haushalte werden allerdings weniger zur Anregung der Investitionen als zur Verstärkung des Konjunkturverlaufs beitragen, indem der größte Teil der staatlichen Investitionsausgaben in die erste Hälfte des laufenden Haushaltsjahres vorgezogen werden soll. Eine Steigerung der Ausgaben wird jedoch damit nicht verbunden sein. Die staatliche Finanzpolitik steht ohnehin weiter unter dem Zeichen der Konsolidierung, so daß auch vom öffentlichen Verbrauch, der nur unterdurchschnittlich ausgeweitet werden wird, keine wirtschaftsbelebenden Impulse ausgehen werden.

Dagegen wird der private Verbrauch leicht beschleunigt zunehmen und damit die Konjunktur stützen. Zwar werden die Einkommen der Unselbständigen nur verlangsam steigen; darüber hinaus sind die Sozialversicherungsbeiträge bereits Ende letzten Jahres angehoben worden. Die Kaufkraft der Einkommen der privaten Haushalte wird sich aber auch infolge des geringen Preisanstiegs erhöhen. Für die weitere Stabilisierung der Verbraucherpreise will die Regierung sorgen, indem sie bei den Energieversorgungsunternehmen und den Verkehrsträgern auf die Weitergabe der energiepreisbedingten Ersparnisse in den Tarifen drängt. Die vom privaten Verbrauch ausgehenden Nachfrageimpulse werden freilich nicht ausreichen, um das Wachstumstempo der japanischen Wirtschaft auf dem hohen Niveau der letzten Jahre zu halten.

Die künftige Entwicklung ist mit besonderen Risiken verbunden. Fällt der Rückgang der Exporte höher aus und sehen sich die Unternehmen daraufhin zu Kürzungen ihrer Investitionsbudgets veranlaßt, so könnte sich das Wachstum im nächsten Jahr noch weiter abschwächen.

In den meisten Ländern *Westeuropas* setzt sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung 1986 in nur wenig verändertem Tempo fort. Allerdings erreicht die wirtschaftliche Expansion auch jetzt nicht einmal die Stärke, die sie in den USA noch nach dem Abklingen der langanhaltenden

Periode hohen Wirtschaftswachstums aufweist. Die Beschäftigung stieg zwar vielfach leicht an, jedoch blieb die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Dennoch gibt es in den europäischen Ländern bisher keinen Ansatz zu einer koordinierten wachstumsstärkenden Politik. Weiterhin herrscht die Ansicht vor, daß wirtschaftspolitische Anregungen die erreichten Stabilisierungsfortschritte gefährdeten. Die wirtschaftspolitischen Strategien sind in vielen westeuropäischen Ländern nach wie vor im Schwerpunkt angebotsorientiert. Daneben verläßt man sich auf die vor allem den privaten Verbrauch stimulierenden Wirkungen der Ölpreissenkung. Zwar soll nicht verkannt werden, daß z.B. der Abbau von Lohnindexierungen und/oder Preiskontrollen, wie in Frankreich, Belgien und Italien, durchaus zu einem besseren Funktionieren des Marktes und zum Abbau inflationärer Impulse beigetragen hat. Jedoch reicht eine einseitig angebotsorientierte Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht aus. So verwundert es nicht, daß die wirtschaftliche Expansion, die 1985 vor allem vom Export getragen wurde, erst allmählich auf den privaten Verbrauch und die Investitionen ausstrahlt. Die Ölpreissenkung wirkt sich nun allerdings auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs aus. Ein ähnlicher Investitionsaufschwung wie zuvor in den USA ist jedoch nicht in Sicht.

Dies gilt in besonderem Maße für *Großbritannien*, wo die Konjunktur in erster Linie vom privaten Verbrauch getragen wird. Die nominalen Lohnsatzsteigerungen überschreiten hier trotz hoher Arbeitslosigkeit die Erhöhung der Lebenshaltungskosten mehr als in anderen Ländern. Die beachtliche Zunahme der Realeinkommen der Arbeitnehmer bildet die Grundlage für die schon mehrere Jahre andauernde Verbrauchskonjunktur, mit der zunächst auch eine Erhöhung der Anlageinvestitionen der Unternehmen einherging. Die Investitionsneigung hat sich jedoch nun erheblich verschlechtert, obwohl sich die Zunahme des privaten Verbrauchs in diesem Jahr sogar mit leicht beschleunigtem Tempo fortsetzt und auch im nächsten Jahr mit einer weiteren Verbrauchssteigerung zu rechnen ist. Die Nominalloohnerhöhung hat nämlich nicht nur einen realloohnerhöhenden Effekt, sondern sie führt zugleich zu einer im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Zunahme der Lohnstückkosten; denn sie liegt beträchtlich über dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität. Da die britische Regierung eine Wirtschaftspolitik betreibt, mit der eine erneute Inflationsbeschleunigung verhindert werden soll, rechnen die Unternehmen mit einer Verschlechterung ihrer Ertragslage als Folge des Anstiegs der Lohnstückkosten. Gleichzeitig befürchten sie eine Beeinträchtigung ihrer internationalen Wettbewerbsposition und ihrer Exportfähigkeit. Erfahrungen in der Vergangenheit berechtigen nicht zu der Hoffnung, der Pfundkurs ändere sich jeweils in dem Maße, daß die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft erhalten bleibe. Wechselkursschwankungen führten in der Vergangenheit zu ständigen Änderungen der britischen Konkurrenzposition.

Die britische Regierung richtet ihre Wirtschaftspolitik auf dauerhafte Inflationseindämmung, indem sie finanzpolitisch trotz geringerer Steuereinnahmen aus dem Ölgeschäft eine Erhöhung des staatlichen Haushaltsdefizits und geldpolitisch eine Beschleunigung der Geldmengenexpansion zu verhindern sucht. Dabei setzt sie darauf, daß diese Politik nicht ohne Wirkung auf die Steigerung der Nominallohnsätze bleiben wird. Aber selbst wenn sie in dieser Hoffnung nicht enttäuscht würde, bleibt die Frage offen, ob damit die Investitionen erneut stimuliert würden. Die unmittelbare Folge wäre die Abschwächung der Verbrauchszunahme. Die Absatzaussichten gäben dann wenig Anlaß zur Kapazitätsausweitung. Lohnzurückhaltung allein ohne flankierende expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen reicht nicht aus, um einen erneuten Investitionsaufschwung einzuleiten. Es ist daher kaum damit zu rechnen, daß sich die Investitionszunahme im nächsten Jahr so stark beschleunigen wird, daß die Abschwächung des Exportwachstums ausgeglichen wird. Die gesamtwirtschaftliche Expansion wird daher in diesem wie im nächsten Jahr nur ein mäßiges Tempo haben.

Die neue Regierung in *Frankreich* hat die Wahlen nicht zuletzt mit dem Versprechen gewonnen, sie werde die Arbeitslosigkeit und das chronische Defizit in der Handelsbilanz beseitigen. Sie steht dabei unter erheblichem zeitlichen Druck, da in weniger als zwei Jahren Präsidentschaftswahlen anstehen und in der gegenwärtigen politischen Konstellation auch Neuwahlen zur Nationalversammlung nicht ausgeschlossen sind. Die bisher verkündeten wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Absichten sind zum Teil längerfristiger Natur. Dies gilt insbesondere für die angestrebte Reprivatisierung eines großen Teils der öffentlichen Unternehmen. Kurzfristig von Bedeutung sind die Maßnahmen zum raschen Abbau der noch bestehenden Preiskontrollen und arbeitsmarktpolitische Aktivitäten zugunsten der jugendlichen Arbeitslosen.

Indes ist noch keine kohärente gesamtwirtschaftliche Strategie als Alternative zur bisherigen Politik erkennbar. Im Gegenteil werden hier eher die von der sozialistischen Regierung schon in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen fortgeführt. Eine weitere Verlangsamung der Geldmengenexpansion, die in diesem Jahr bei unter 5 vH liegen soll, und eine eher noch stärker auf Konsolidierung bedachte Finanzpolitik kennzeichnen die gegenwärtige Politik. Dennoch hat sich der private Verbrauch seit dem letzten Jahr relativ günstig entwickelt. Zunächst sank die Sparquote auf einen sehr niedrigen Stand, und schließlich erlaubten die Ölpreissenkungen mit ihren preisdämpfenden Wirkungen eine stärkere Zunahme des privaten Konsums. Indes blieb die Investitionstätigkeit trotz einer deutlichen Verbesserung der Ertragssituation der Unternehmen im internationalen Vergleich unbefriedigend. Die Investitionen werden sich 1986/87 trotz des lebhafteren privaten Konsums nur mäßig beleben, da die Unsicher-

heit über die Amtsdauer der neugewählten Regierung und die Hoffnung auf wahlpolitische Zugeständnisse einen Teil der Investoren noch zu Attentismus veranlaßt.

Die außenwirtschaftliche Situation wird sich aufgrund der günstigeren Terms of Trade und des stärkeren Wirtschaftswachstums bei den wichtigsten Handelspartnern bis 1987 etwas verbessern. Auch die Auslandsverschuldung wird die französische Wirtschaft weniger als zuvor belasten, da mehr als die Hälfte der Schulden in Dollar aufgenommen wurde. Nachhaltig sind die außenwirtschaftlichen Defizite nur durch vermehrte Exportanstrengungen abzubauen. Freilich ist die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie auf den Weltmärkten immer noch unzureichend. So besteht die Gefahr, daß schon bei einer moderaten Zunahme des Aufschwungtempos die bisherige außenwirtschaftliche Konsolidierung wieder in Frage gestellt wird. Längerfristig wird die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft allerdings nur verbessert werden können, wenn die erforderlichen und teilweise bereits in Angriff genommenen Umstrukturierungen und Modernisierungen der Industrie vor allem in den absatznahen Produktionsbereichen forciert fortgeführt werden.

Für 1987 kann mit einem ähnlichen Wachstumstempo wie in diesem Jahr, nämlich mit etwa 2,5 vH gerechnet werden. Dabei dürfte sich der Preisanstieg zunächst noch weiter ermäßigen, obwohl von der Aufhebung der noch bestehenden Preiskontrollen vorübergehend auch preisteigernde Effekte erwartet werden können. Die Arbeitslosigkeit wird sich, kommt es nicht zu neuen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, bis 1987 weiter erhöhen.

In *Italien* ist die Industrieproduktion nach erheblichen Schwankungen im Winterhalbjahr zuletzt wieder etwas gestiegen. Die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen nahm kräftig zu. Die insgesamt lebhafte Binnennachfrage hat aber auch dazu beigetragen, daß sich das Leistungsbilanzdefizit zunächst noch vergrößerte. Trotz der nunmehr auch in Italien sichtbar werdenden Dämpfung des Preisauftriebs bleiben die Preis- und Kostendivergenzen gegenüber den Handelspartnern ausgeprägt, so daß es trotz aller Exportanstrengungen und einer im Außenhandelsbereich relativ flexiblen Preispolitik der Unternehmen noch zu einer Verschlechterung der Handelsbilanz kam. Allerdings ist die jüngste Entwicklung infolge des drastischen Ölpreiserückgangs und der damit verbundenen Entlastung bei den Erdölimporten günstiger, so daß im Jahresdurchschnitt ein annähernder Ausgleich der Leistungsbilanz zu erwarten ist.

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Bemühungen stehen die weitere Reduzierung der Inflationsrate und die allmähliche Verringerung des Budgetdefizits. Während die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nur sehr langsame Fortschritte macht, ist die Inflationsrate — auch aufgrund der günstigen internationalen Rahmenbedingungen — spürbar gesunken. Bei reger inländischer Nachfrage und einer guten Ertragsentwicklung bei den

Unternehmen versucht die Notenbank, den monetären Rahmen möglichst eng zu halten. Nachdem die automatische Lohnanpassung in den letzten Jahren schrittweise entschärft worden war, ist der Lohnanstieg merklich gedämpft worden. Daß dies bis zuletzt akzeptiert wurde, lag nicht nur an der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit, sondern auch an der verhältnismäßig guten Entwicklung der Real-einkommen. Vieles deutet darauf hin, daß nunmehr auch in Italien die Gewerkschaften bereit sind, geringere nominale Lohnsteigerungen zu akzeptieren, da sie mehr als früher darauf vertrauen, daß eine Dämpfung des Preisauftriebs gelingt.

Das Wirtschaftswachstum wird 1987 mit etwa 2,5 vH ein annähernd gleiches Tempo aufweisen wie 1986, denn die zurückhaltende, weiterhin auf Konsolidierung bedachte Geld- und Finanzpolitik wird die endogenen Aufschwungskräfte der Wirtschaft begrenzen. Dabei wird die Arbeitslosigkeit allenfalls geringfügig abnehmen. Der Preisauftrieb wird sich im Laufe dieses Jahres noch ver-

ringern, allerdings nicht das niedrige Niveau bei den wichtigsten Handelspartnern erreichen.

Auch in den *kleineren westeuropäischen Ländern* wurden die preisdämpfenden Effekte des Ölpreiserückgangs wirksam und stimulieren die private Nachfrage. Gleichzeitig verbessert sich fast überall die außenwirtschaftliche Situation. Die Wirtschaftspolitik hat ihren zusätzlich gewonnenen Handlungsspielraum bisher allerdings nicht genutzt. In Belgien wurde die restriktive Wirtschaftspolitik sogar noch verschärft, weil die Regierung wegen der hohen Budgetdefizite die Konsolidierung im finanzpolitischen Bereich beschleunigen will. Die günstigen internationalen Rahmenbedingungen kommen ihr dabei entgegen. Die meisten anderen Länder fahren dagegen mehr oder weniger im Geleitzug der großen Volkswirtschaften mit. Dabei hoffen sie auf eine stärker wachstumsorientierte Geld- und Finanzpolitik der großen Länder, der sie dann folgen könnten, um die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern.

Bundesrepublik Deutschland: Wachstum bleibt hinter Erwartungen zurück

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich zur Jahresmitte in einer Phase des Übergangs von zwar kurzfristigen, aber unerwartet starken Wachstumseinbußen zu einer erneuten konjunkturellen Belebung. Die Entwicklung im Winterhalbjahr 1985/86 war enttäuschend. Vom dritten Quartal 1985 bis zum ersten Quartal 1986 sank das reale Bruttosozialprodukt saisonbereinigt um 2 vH. Besonders ungünstig war die Entwicklung zu Beginn dieses Jahres, als fast alle Verwendungskomponenten des Sozialprodukts abnahmen; lediglich der private Verbrauch erhöhte sich geringfügig.

Diese Entwicklung war nicht allein auf die abermals überdurchschnittlich großen Witterungsbeeinträchtigungen zurückzuführen. Auch die kalenderbedingten Einbußen beim Arbeitsvolumen reichen als zusätzliche Erklärung nicht aus, vielmehr waren die konjunkturellen Auftriebskräfte insgesamt schwächer geworden. Den Ausschlag hierfür gaben außenwirtschaftliche Faktoren. Dabei spielten die abnehmenden Ausfuhren im Gefolge der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und der Importeinschränkungen der Entwicklungs-, vor allem aber der OPEC-Länder ebenso eine Rolle wie die Unsicherheit, die sich ausbreitete, als klar wurde, daß die expansiven Effekte, die von der erheblichen Verbilligung des Erdöls erwartet wurden, geringer ausfallen und zum Teil erst mit erheblicher Verzögerung spürbar werden würden.

Der erhoffte Übergang von der bis zum Herbst 1985 exportgetragenen Konjunktur zu einem inlandsbestimmten Wachstum ließ auf sich warten.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entsprach damit bis in das Frühjahr 1986 hinein nicht derjenigen, die aufgrund günstiger Rahmenbedingungen prognostiziert worden war. Der Widerspruch klärt sich aber weitgehend auf, wenn man zu den Rahmenbedingungen nicht nur die einzelwirtschaftlichen, wie steigende Gewinne, relativ niedrige Zinsen, stabile Preise und zurückhaltende Lohnpolitik, sondern auch die gesamtwirtschaftlichen, insbesondere die Ausfuhr mit ihrer großen Bedeutung für die Entwicklung der Gesamtnachfrage, zählt. Die Ausfuhrquote, gemessen am realen Bruttosozialprodukt, ist inzwischen mit mehr als einem Drittel sogar erheblich größer als die der Bruttoanlageinvestitionen, die nur etwa 20 vH ausmacht.

Die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr sind auch durch die zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuersenkungen verbessert worden; die Nachfragewirkung dieser Entlastung beim privaten Verbrauch war allerdings in den ersten Monaten des Jahres ebenso wenig zu erkennen wie die Stärkung der Kaufkraft infolge der Ölpreissenkung. Eine Rolle haben hierbei sicherlich die erst mit Verzögerung abge-

schlossenen neuen Lohntarifverträge und die daraus noch später geleisteten Auszahlungen gespielt.

Wenn die Konjunktur nun wieder an Fahrt gewinnen wird, so ist dies auch darauf zurückzuführen, daß die Bundesbank im Verlauf des vergangenen Jahres auf eine vergleichsweise expansive Linie eingeschwenkt war. So hatte sie, nicht zuletzt durch den Zinsrückgang in den USA und durch den Verfall des Dollarkurses ermutigt, vom Frühjahr vorigen Jahres an die Sätze für das von ihr angebotene Zentralbankgeld ermäßigt und nach der Jahresmitte für eine kräftige Aufstockung der freien Liquiditätsreserven der Banken gesorgt. Beides trug, zusammen mit der beträchtlichen Zunahme der Auslandsnachfrage nach deutschen Anleihen, zu einer weiteren deutlichen Zinssenkung auf dem Kapitalmarkt bei; überdies gerieten die Zinsen für Kontokorrentkredite, die mehr als zwei Jahre lang stagniert hatten, unter Druck. Mit der geldpolitischen Lockerung hat sich auch die monetäre Expansion zusehends beschleunigt.

Selbst bei Annahme einer relativ kräftigen Aufwärtsentwicklung von Nachfrage und Produktion im zweiten Quartal — die Indikatoren deuten in diese Richtung — ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1986 ungünstiger ausgefallen, als erwartet worden war. Gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit hat das reale Sozialprodukt nur um etwa 2 vH zugenommen. Deutlich größer dürfte die Anstiegsrate bei den Ausrüstungsinvestitionen (etwa 5 vH) und auch beim privaten Verbrauch (etwa 3,5 vH) gewesen sein.

Die Rahmenbedingungen für eine größere Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sind trotz der konjunkturellen Schwäche zu Jahresbeginn günstig geblieben. Dabei wird hier im einzelnen angenommen:

- Der Export wird im Laufe des Jahres deutlich zunehmen. Der Dollarkurs wird sich bei 2,20 bis 2,30 DM stabilisieren; die Wettbewerbsposition der meisten deutschen Unternehmen ist selbst im Dollarraum nicht so ernsthaft beeinträchtigt, daß nicht auch die zu erwartende Nachfrageentwicklung in den westlichen Industrieländern die Ausfuhr wieder anregen wird.
- Der Preis des Erdöls wird sich im weiteren Verlauf des Jahres, notiert in US-Dollar, nicht wesentlich verändern.
- Die Zentralbankgeldmenge wird auch in der nächsten Zeit oberhalb des Zielkorridors liegen, und die Bundesbank wird allenfalls sehr behutsam eine Hinführung in Richtung des oberen Randes versuchen. Dies bedeutet eine Geldmengenausweitung mit einer laufenden Rate von etwa 6 vH. Auch die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate wird rund 6 vH betragen, nach 4,5 vH im Jahre 1985. Der Kapitalmarktzins wird sein gegenwärtiges Niveau von 6% beibehalten.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderungen in vH gegenüber Vorjahr		
	1985	1986	1987	1985	1986	1987
Bruttosozialprodukt (Mrd. DM) zu Preisen von 1980	1 576,0	1 617,5	1 659,5	2,4	2,5	2,5
Beschäftigte Arbeitnehmer (1 000 Personen)	22 177	22 420	22 625	0,8	1	1
Arbeitslose ¹ (1 000 Personen)	2 304	2 240	2 140	.	.	.
Arbeitslosenquote ² (vH)	9,4	9,1	8,7	.	.	.
Verbraucherpreise ³	.	.	.	2,2	0	2
Leistungsbilanzsaldo ⁴ (Mrd. DM)	38,8	65	70	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	-20,3	-19	-16	.	.	.

¹) Die Verminderung der Zahl der Arbeitslosen als Folge der '58er-Regelung' wurde 1986 mit 30 000 und 1987 mit 10 000 Personen angesetzt. — ²) Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — ³) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — ⁴) Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: 1986 und 1987 Prognose des DIW. Angaben gerundet.

- Die Finanzpolitik hält an ihrem Konsolidierungskurs fest. Gewisse Anregungen für die Wirtschaft ergeben sich aus der Steuersenkung vom Jahresbeginn und aus der Umkehr der Entwicklung bei den öffentlichen Investitionen. Diesen werden aber überplanmäßige Einsparungen entgegenstehen, die zur Finanzierung von ungeplanten Mehrausgaben herangezogen werden, z. B. für die Landwirtschaft und im Energiesektor.
- Die weiteren tariflichen Abschlüsse folgen der Lohnrunde '86, so daß sich insgesamt tarifliche Erhöhungen von etwa 4,5 vH ergeben werden. Niedrigere Steigerungsraten wurden dort vereinbart, wo gleichzeitig eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ausgehandelt wurde.

Das Wirtschaftswachstum wird in den kommenden Monaten unter diesen Bedingungen relativ kräftig sein; hierzu trägt bei, daß nun, mit einer gewissen Verzögerung, die Effekte der Ölpreissenkung und der Steuerermäßigung spürbar werden.

Das Wachstumstempo der realen Warenausfuhr wird sich im Laufe dieses Jahres deutlich erhöhen. Die hohe Bedeutung, die der Export im letzten Jahr für das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik gehabt hat, wird er jedoch nicht wieder erreichen. Gestützt werden die Exporte vom Anstieg der Nachfrage in den westlichen Industrieländern, der teilweise die Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit — gemessen am realen Wechselkurs und an den Lohnstückkosten gegenüber wichtigen Handelspartnern — ausgleicht. Wenn insgesamt nur eine bescheidene Wachstumsrate von knapp 2 vH für die reale Warenausfuhr im Jahresdurchschnitt 1986 zu erwarten ist, so ist dies einmal den Einbußen zu Jahresbeginn zuzuschreiben, zum anderen der auf jeden Fall flacher gewordenen Grundtendenz des Exports. Hinzu kommt, daß sich die Absatzchancen in den Erdöllexportländern erheblich verschlechtert haben. Hier wirkt sich der Einnahmeverlust dieser Länder — durch die niedrigen Preise von Erdöl-

und Erdölprodukten — erheblich aus. Der Export in die übrigen Entwicklungsländer sowie in die Staatshandelsländer wird aufgrund der Zahlungsprobleme dieser Ländergruppen ebenfalls eher abnehmen. Der Export von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird außerdem durch rückläufige Einnahmen aus dem Reiseverkehr und aus den Kapitalerträgen vom Ausland beeinträchtigt. Dadurch ergibt sich für die Summe des Exports von Waren und Diensten nur ein jahresdurchschnittlicher Anstieg von reichlich 1 vH.

Von den Anlageinvestitionen, die 1985 noch einmal gesunken waren und auch zu Beginn dieses Jahres keinen Wachstumsbeitrag leisteten, werden in der Folgezeit recht kräftige Impulse auf die Gesamtwirtschaft ausgehen. Wieder beschleunigen werden sich die Ausrüstungsinvestitionen, und erstmals seit Jahren — leicht — erhöhen werden sich die Bauinvestitionen. Der neueste „Ifo-Investitionstest“ zeigt, daß die Investitionsneigung bei den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes weiterhin hoch ist, daß es aber noch immer eine erhebliche sektorale Differenzierung gibt. Die Pläne laufen auf einen Anstieg der realen Anlageinvestitionen von insgesamt 10 vH hinaus. Wie schon im vorigen Jahr wollen auch 1986 die Unternehmen des Investitionsgütergewerbes selbst am meisten zusätzlich investieren, während die Produzenten von Verbrauchsgütern wohl noch auf verstärkte Nachfrageanregungen vom privaten Verbrauch her warten, ehe sie ihre noch relativ bescheidenen Investitionspläne nach oben revidieren. Daß insgesamt das Erweiterungsmotiv bei den Investitionsplänen vordringt, läßt auf eine anhaltende Steigerung bei den Anlageinvestitionen schließen.

Da mit der Abschwächung des Exportanstiegs auch im Investitionsgüterbereich Kapazitäten für die Inlandsnachfrage frei werden und außerdem nach der Aufwertung der D-Mark auch Investitionsgütereinkäufe im Ausland attraktiver geworden sind, steht den investitionswilligen Unternehmen eine weite und an ihrem Bedarf orientierte Ange-

botspalette zur Verfügung. Im Jahresdurchschnitt dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen gegenüber 1985 um reichlich 6 vH wachsen; sie werden dabei die höchste Steigerungsrate aller Verwendungsbereiche des Sozialprodukts erzielen.

Für die Bauinvestitionen gilt das in diesem Jahr noch nicht. Die Baunachfrage ist seit einem Jahr tendenziell aufwärtsgerichtet. Die Auftragseingänge liegen seitdem auch über dem Vorjahrsniveau. Diese Entwicklung konnte durch die deutlichen Zuwächse der Aufträge im Bereich des Wirtschafts- und des öffentlichen Baus erreicht werden, während die Aufträge im Wohnungsbau bis zuletzt unter dem Niveau vom Vorjahr lagen. Da die Auftragsbestände aber noch recht niedrig sind, ist vorerst nur mit einem verhaltenen Anstieg der Bautätigkeit zu rechnen.

Die Wohnungsbauinvestitionen werden weiter abnehmen. Die Auftragsbestände sind hier drastisch geschrumpft, seit 1983 um 50 vH. Einflußfaktoren der Nachfrage lassen dennoch eine Besserung im Wohnungsbau erhoffen: Die Hypothekenzinsen liegen gegenwärtig um fast 5 vH-Punkte unter dem Höchststand im Jahre 1981, der Anstieg der Baukosten ist gering. Die Entwicklung der Realeinkommen dürfte die Nachfrage ebenfalls positiv beeinflussen. Die hohe Zahl der vorhandenen Wohnungen steht diesen Faktoren jedoch bremsend gegenüber. Getragen wird deshalb die zu erwartende Aufwärtsentwicklung weniger vom Neubau als von der Modernisierung und Instandsetzung.

Entwicklung der Bauinvestitionen
zu Preisen von 1980

	1985	1986	1987
in Mrd. DM			
Wohnbauten	88,1	84	86
Wirtschaftsbauten	61,0	64	66,5
Staat	34,3	36	37
Insgesamt	183,4	184	189,5
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Wohnbauten	- 10,5	- 4,5	2,5
Wirtschaftsbauten	- 2,0	5	3,5
Staat	- 1,6	4,5	3,5
Insgesamt	- 6,2	0,5	3
<i>Quellen:</i> 1985 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; 1986 und 1987 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.			

Die Investitionen im Wirtschaftsbau werden weiter zunehmen. Die Verbesserung der Investitionsbedingungen, aber auch die zunehmende Auslastung der Kapazitäten lassen eine Ausweitung bauintensiver Erweiterungsinvestitionen erwarten. Die Investitionen der großen öffentli-

chen Unternehmen Bahn und Post werden ebenfalls zum deutlichen Anstieg der Investitionen im Wirtschaftsbau beitragen. Auch die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für Betriebsgebäude und die Aufstockung des Mittelstandsprogramms der KfW werden die Nachfrage positiv beeinflussen.

Im öffentlichen Bau hat sich die Entwicklung umgekehrt, vor allem, da sich die Finanzsituation des Hauptinvestors, der Gemeinden, insgesamt verbessert hat. Die Auftragsbestände sind gestiegen und ermöglichen noch in diesem Jahr eine relativ kräftige Zunahme der Bautätigkeit. Die Investitionsausgaben der Gebietskörperschaften werden erstmals seit 1980 wieder in nennenswertem Umfang erhöht, so daß real ein Wachstum von immerhin 4 bis 5 vH erwartet werden kann. Dieser Wert wird allerdings relativiert, wenn man berücksichtigt, daß die öffentlichen Investitionen 1985 um ein Fünftel unter dem Niveau von 1980 lagen.

Der Staat wird auch 1986 grundsätzlich an seinem Konsolidierungskurs festhalten, in dem Glauben, durch Rückführung der Neuverschuldung die Wirtschaft zur verstärkten Beanspruchung des Produktionspotentials und zur Schaffung von Arbeitsplätzen anregen zu können. Wie in den Jahren zuvor bleiben die Ausgabensteigerungen in den öffentlichen Haushalten (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger) gedrosselt. Von 1981 bis 1985 sind die Ausgaben im Jahresdurchschnitt um reichlich 3 vH erhöht worden, die der Gebietskörperschaften allein um weniger als 3 vH. In diesem Jahr wird sich das Verhältnis umkehren, die Ausgaben der Sozialversicherung steigen voraussichtlich um 3 vH und die der Gebietskörperschaften um über 4 vH.

Die Ausgabenentwicklung der Gebietskörperschaften wird in erster Linie von den Verbrauchsaufwendungen bestimmt. Sie werden mit einer Rate von 4,5 vH expandieren; dabei werden sich Personal- und laufende Sachausgaben weitgehend parallel entwickeln. Die diesjährigen Tarifabschlüsse führen für sich genommen zu einer Anhebung der Personalkosten um knapp 4 vH; unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Einstellungspolitik etwas gelockert wurde — insbesondere wurden Teilzeitkräfte im öffentlichen Dienst eingestellt —, ist mit einem Zuwachs der Personalausgaben um 4,5 vH zu rechnen.

Die sparsame Ausgabenpolitik in den vergangenen Jahren hat zu einem Nachholbedarf beim Unterhaltungsaufwand für Grundstücke und Gebäude und bei der Geschäftsausstattung geführt; der Ausgabenansatz läßt aufgrund der stabilen Preise beim Verbrauch eine stärkere reale Steigerung als in den Vorjahren zu.

Bei der Entwicklung der sozialen Leistungen der Gebietskörperschaften kommt es zu Mehrbelastungen infolge der Einführung eines Erziehungsgeldes sowie der Anhebung des Wohngeldes und der Sozialhilfeeleistungen.

Die sozialen Leistungen der Sozialversicherungsträger — auf sie entfallen fast drei Viertel aller staatlichen Sozialleistungen — werden um knapp 3 vH zunehmen, nachdem ihr Anstieg in den letzten Jahren bei 2 vH jährlich gelegen hatte. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung werden nahezu stagnieren, obwohl die Verlängerung der Höchstdauer des Bezugs von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer etwa 1 Mrd. DM beansprucht. Die Rentenzahlungen werden um 3 vH zunehmen, wobei die Rentenanpassungen auf das gesamte Jahr gesehen mit weniger als 2 vH zu Buche schlagen.

Die Einnahmen des Staates werden insgesamt etwa so stark steigen wie die Ausgaben. Wegen der Einkommensteuerreform, die Steuerausfälle von rund 10 Mrd. DM nach sich zieht, erhöhen sich die Einnahmen aus der Lohnsteuer nur um 3 vH. Die anhaltend günstige Gewinnentwicklung führt bei den Gewinnsteuern wiederum zu kräftigen Mehreinnahmen (über 7 vH). Auch die indirekten Steuern dürften ein deutlicheres Plus (4 vH) als in den Vorjahren erreichen, weil das Umsatzsteueraufkommen wegen der Konsumbelebung stärker zunehmen wird. Die Sozialbeiträge, nach den Steuern die wichtigste Einnahmenquelle, werden um 5 vH steigen. Sie folgen damit dem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltsumme.

Das Finanzierungsdefizit des Staates wird trotz der Steuerentlastung geringfügig sinken. Die Überschüsse der Sozialversicherungsträger werden auf 8 Mrd. DM wachsen und sich damit fast verdoppeln, die Defizite der Gebietskörperschaften werden sich hingegen um 2 auf 27 Mrd. DM erhöhen.

Bei diesen Haushaltsansätzen und den schon getroffenen finanzpolitischen Entscheidungen leistet der Staat einen Beitrag zur Verstärkung des Anstiegs der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr sowohl über die Einkommensübertragungen als auch durch die Steuersenkung. Diese bewirkt, daß 1986 der Anstieg der Nettolohn- und -gehaltsumme (5,5 vH) nicht, wie üblich, geringer, sondern sogar größer ist als der der Bruttolöhne und -gehälter (5 vH). Die Expansion der Bruttozüge der Arbeitnehmer verstärkt sich dabei vor allem aufgrund der vereinbarten höheren Entlohnung je Stunde; eine gewisse Rolle spielt indes die in diesem Jahr nochmals etwas größere Zunahme der Beschäftigtenzahl.

Von der Lohnentwicklung gehen in diesem Jahr keine zusätzlichen kosten- und preisdämpfenden Einflüsse aus. Die Stundenlöhne nehmen gegenüber dem Vorjahr um reichlich 4 vH, also stärker als im Jahr 1985, zu. Der Anstieg der Lohnstückkosten wird sich beschleunigen. Daß dies nicht zu Lasten der Bruttoeinkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen geht — diese steigen weiter kräftig —, ist der erheblichen Entlastung der Kostenrechnung der Unternehmen durch die Verbilligung der Eingüter zuzuschreiben.

Das verfügbare Einkommen der Haushalte insgesamt wird mit reichlich 5 vH deutlich stärker steigen als im Vor-

jahr. Von Bedeutung ist, daß diese Rate bei stabilen Verbraucherpreisen auch den Anstieg der Realeinkommen kennzeichnet. Weil die Einsparungen aus der Ölverbilligung nur allmählich anfallen und daher insbesondere dann, wenn es um die Anschaffung hochwertiger Güter geht, nicht zu raschen Kaufentschlüssen verleiten, hat sich — vorübergehend — auch die Sparquote erhöht. Der private Verbrauch wird — nominal wie real — um etwa 4,5 vH im Jahresdurchschnitt zunehmen. Im Jahresverlauf wird sich dabei die Verbrauchskonjunktur erheblich verbessern, so daß für die zweite Jahreshälfte mit einer Verstärkung der Ausgaben besonders für dauerhafte Güter, wohl aber auch für Reisen zu rechnen ist.

Von den für dieses Jahr zu erwartenden realen Mehrausgaben von Haushalten und Unternehmen werden Anbieter im Ausland einen steigenden Anteil erhalten, die reale Wareneinfuhr wird im Laufe dieses Jahres beschleunigt expandieren. Dabei gehen von der Lagerbildung ebenfalls Impulse aus. Die Einfuhrzunahme wird auch deshalb kräftig sein, weil sich viele ausländische Güter verbilligen. Im gesamten Jahr 1986 werden die realen Wareneinfuhren ihr Vorjahresniveau um 5 vH übertreffen.

Die Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) werden noch bis in den Herbst dieses Jahres hinein sinken. Dabei spielen die weiterhin rückläufigen Preise von Energieträgern, die aufgrund längerfristiger Kontrakte importiert werden (u. a. Erdgas), die wichtigste Rolle. Insgesamt werden die Einfuhrpreise im Jahr 1986 um rund 12 vH unter dem Vorjahresniveau liegen. Dieser Rückgang, bewirkt durch die Aufwertung der D-Mark und durch die inzwischen auf etwa die Hälfte gesunkenen Erdölpreise, trug maßgeblich zur Stabilisierung der Preise im Inland bei. Die Verbraucherpreise werden 1986 nicht höher sein als im Vorjahr.

Die kräftige Verbesserung der Terms of Trade, die sich aus der unterschiedlichen Entwicklung von Ausfuhrpreisen (–1,5 vH) und Einfuhrpreisen ergibt, wird den Überschuß in der Handelsbilanz im Jahr 1986 kräftig — um rund 34 Mrd. DM auf 115 Mrd. DM — steigen lassen. Die wieder deutlich zunehmenden Defizite in der Dienstleistungs- und der Übertragungsbilanz (hauptsächlich in der Reisebilanz und im Zahlungsverkehr mit der EG) werden weit überkompensiert. Für das Jahr 1986 errechnet sich in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein Überschuß in der Leistungsbilanz von 60 Mrd. DM (1985: 36 Mrd. DM).

Die Zusammenfassung dieser Perspektiven für die einzelnen gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten bringt im Jahresdurchschnitt 1986 ein für viele enttäuschendes Ergebnis: Das reale Brutto sozialprodukt wird 1986 weniger expandieren als weithin angenommen, nämlich nur um etwa 2,5 vH. Diese Schätzung bedarf jedoch der konjunkturellen Interpretation. Die niedrige Zuwachsrates ergibt sich vor allem aus den Wachstumseinbußen zu Jahresbeginn, die nur zum geringeren Teil mit der Witterung, überwiegend aber mit einer vorübergehenden kon-

Entwicklung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

	1985	1986	1987
Nettoproduktion¹			
Bergbau	0,9	-4	0
Verarbeitendes Gewerbe	5,1	3	2,5
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	0,8	0	1,5
Investitionsgüter prod. Gewerbe	9,6	5,5	4
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	0,7	2	1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2,4	2	1
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	4,9	3	2,5
Weitere Kennziffern			
Beschäftigte Personen	1,4	1,5	1
Arbeitszeit	-0,6	-1	-1
Arbeitsvolumen	0,8	0,5	0,5
Produktivität	4,3	2,5	2
Lohnsumme	5,5	5,5	5
Effektiver Lohnsatz	4,7	5	5
Lohnstückkosten	-0,4	2,5	3

¹⁾ Kalendermonatlich, 1980 = 100.
Quellen: 1985 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes und des DIW; 1986 und 1987 Prognose des DIW. Prognostizierte Veränderungsraten auf 0 bzw. 0,5 gerundet.

junkturrellen Erlahmung zu erklären sind. Für den weiteren Jahresverlauf bedeutet diese Prognose eine recht kräftige konjunkturelle Expansion des realen Sozialprodukts. In der im Tabellenteil angegebenen Wachstumsrate des Sozialprodukts von 3 vH in der zweiten Hälfte dieses Jahres kommt die Beschleunigung im Vergleich mit der Rate für das erste Halbjahr zwar deutlich zum Ausdruck; das konjunkturelle Tempo in der zweiten Jahreshälfte wird mit dieser Rate jedoch unterzeichnet.

Im Jahresdurchschnitt 1986 wird die Produktion im verarbeitenden Gewerbe mit 3 vH wiederum überdurchschnittlich ausgeweitet werden, allerdings nicht mehr so stark wie 1985 (+5 vH). Der Produktionszuwachs wird sich abermals auf das Investitionsgütergewerbe konzentrieren, während vom Grundstoffbereich wie auch vom Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe nur relativ geringe Zuwachsraten der Produktion zu erwarten sind. Allerdings dürfte sich gerade in einigen wichtigen Zweigen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes der Produktionsanstieg im weiteren Jahresverlauf mit der dann erheblich verbesserten Konsumkonjunktur beschleunigen. Daß trotz eines verlangsamten Produktionsanstiegs in der Industrie der Zuwachs des realen Sozialprodukts etwa ebenso hoch ausfallen wird wie im Vorjahr, ergibt sich vor allem daraus, daß die Produktion des Baugewerbes nun nicht mehr sinkt; diese dürfte sogar geringfügig steigen. Aufgrund der verbesserten Konsumkonjunktur wird aber auch die reale Wertschöpfung im tertiären Sektor, insbesondere im Einzelhandel und im privaten Dienstleistungssektor, beschleunigt expandieren.

Die Unternehmen haben auf die Produktionseinbußen nicht mit einer Änderung ihrer Einstellungspolitik reagiert, sie erhöhten vielmehr die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer weiter, wenn auch wohl etwas weniger stark als im vergangenen Jahr.

Die Zahl der Beschäftigten wird in diesem Jahr wiederum um reichlich 1 vH, das sind rund 250 000, zunehmen. Der Anstieg wird damit größer sein als die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials (+140 000). Die Differenz zwischen dieser Entwicklung der Angebots- und Nachfragegrößen am Arbeitsmarkt bedeutet jedoch nicht, daß die Zahl der Arbeitslosen entsprechend vermindert wird. Die günstiger werdenden Chancen am Arbeitsmarkt, die sich auch in der stetigen Expansion der Zahl der offenen Stellen zeigen, werden zu einem anhaltenden Zustrom von Personen aus der stillen Reserve führen. Die Zahl dieser Personen kann nur grob geschätzt werden, sie dürfte im Jahresdurchschnitt etwa 50 000 betragen. Daß es bisher, bei dem noch immer kräftig expandierenden Erwerbspersonenpotential, überhaupt zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit gekommen ist, lag auch an der zunehmenden Inanspruchnahme des Vorruhestands sowie an der seit Anfang dieses Jahres geltenden Regelung für Arbeitslose, die älter als 58 Jahre sind: Sie werden, wenn sie auf die Vermittlung eines Arbeitsplatzes keinen Wert mehr legen, nicht mehr als arbeitslos in der Statistik geführt. Insgesamt zeichnet sich für die Arbeitslosigkeit ein Rückgang um nur etwa 60 000 ab. Gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen, die weiterhin deutlich über 2,2 Millionen liegen wird, kann das nur einen Anfang bedeuten, ihm müssen weitere und viel größere Schritte folgen. Denn eine Arbeitslosenquote von 9 vH ist unerträglich; sie wird auch nicht durch den Hinweis auf die weiter schmelzende Zahl der Kurzarbeiter, die in der zweiten Hälfte dieses Jahres nur noch wenig mehr als 100 000 Personen betragen wird, akzeptabler.

Ausblick auf die Entwicklung 1987

Weil mit der Länge des Prognosezeitraums die Schätzrisiken zunehmen, kann von einer fast zwei Jahre vorausgreifenden Konjunkturprognose nicht mehr verlangt werden, als Anhaltspunkte zu geben. Trotz der erheblichen Schätzrisiken wird aber an vielen Stellen eine Orientierung über die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung gebraucht.

Die Prognose beruht auf folgenden Annahmen:

- Zusammen mit der Entwicklung in den USA wird sich im Verlauf dieses Jahres die Konjunktur in den Industrieländern etwas kräftigen und 1987 weiter aufwärts gerichtet sein.
- Die D-Mark wird sich gegenüber dem US-Dollar nur noch wenig aufwerten, im Europäischen Währungssystem bleibt der Kurs der D-Mark unverändert.

- Die Geldpolitik trägt durch eine relativ expansive Linie dazu bei, daß sich die Zinsen am Kapitalmarkt nicht nennenswert ändern und damit auch kein neuer Aufwertungsdruck entsteht.
- Der Ölpreis wird sich leicht erhöhen.
- Die Finanzpolitik hält an ihrem Kurs der Konsolidierung fest; da es nicht, wie in diesem Jahr, steuerliche Entlastungen gibt, gehen von den öffentlichen Haushalten, wenn auch nur in relativ geringem Umfang, negative Einflüsse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus.
- Die tariflichen Nominallohnzuwächse werden ähnlich groß sein wie in diesem Jahr. Der Zuwachs der Reallöhne fällt damit aber niedriger aus.

Vom Export werden wieder Impulse auf das Wirtschaftswachstum ausgehen. Die Warenausfuhr dürfte um 4 vH zunehmen.

Die Rahmenbedingungen für Mehrinvestitionen bleiben günstig, die Unternehmen werden ihre Investitionen weiter steigern. Dabei wird es insbesondere in denjenigen Wirtschaftsbereichen Erweiterungsinvestitionen geben, in denen bei normaler Betriebszeit der Anlagen Kapazitätsgrenzen sichtbar geworden sind. Verstärkt werden die Investitionen aber wohl auch in jenen Bereichen, die erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres ihre Umsätze nennenswert erhöhen können, vor allem die Hersteller von Verbrauchs- und Verbrauchsgütern.

Dabei ist bei den Ausrüstungsinvestitionen mit einem ähnlichen Anstiegstempo wie in diesem Jahr zu rechnen, bei den Bauinvestitionen wird sich der Anstieg sogar deutlich beschleunigen. Dies ergibt sich vor allem aus der Entwicklung im Wohnungsbau; dieser wird nach jahrelangem Rückgang 1987 nicht weiter abnehmen. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß der Wohnungsbau um 2 bis 3 vH steigt. Der Wirtschaftsbau wird weiterhin relativ kräftig expandieren, und auch die öffentlichen Investitionen werden sich deutlich erhöhen. Mit der Besserung der Baukonjunktur werden sich zwar die Baupreise 1987 etwas stärker erhöhen als in diesem Jahr und damit den Spielraum, den die Ausgabenansätze der Gebietskörperschaften für eine reale Steigerung der Investitionen bilden, einengen. Doch ist zu erwarten, daß mit den steigenden Finanzierungsüberschüssen der Gemeinden auch die Ansätze für die gemeindlichen Investitionen in wichtigen Bedarfsbereichen erhöht werden. Insgesamt werden die Bruttoanlageinvestitionen im kommenden Jahr real um reichlich 4 vH expandieren; sie wachsen damit endlich in die ihnen zukommende Rolle, vornehmlicher Wachstumsträger zu sein, hinein.

Vom Staatsverbrauch und von den staatlichen Transferausgaben sind dagegen auch im kommenden Jahr keine Impulse für das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu erwarten. Der Staatsverbrauch wird real um etwa 2 vH zunehmen und damit, wie auch die Staatsausgaben insgesamt, hinter den Expansionsraten in der Gesamtwirt-

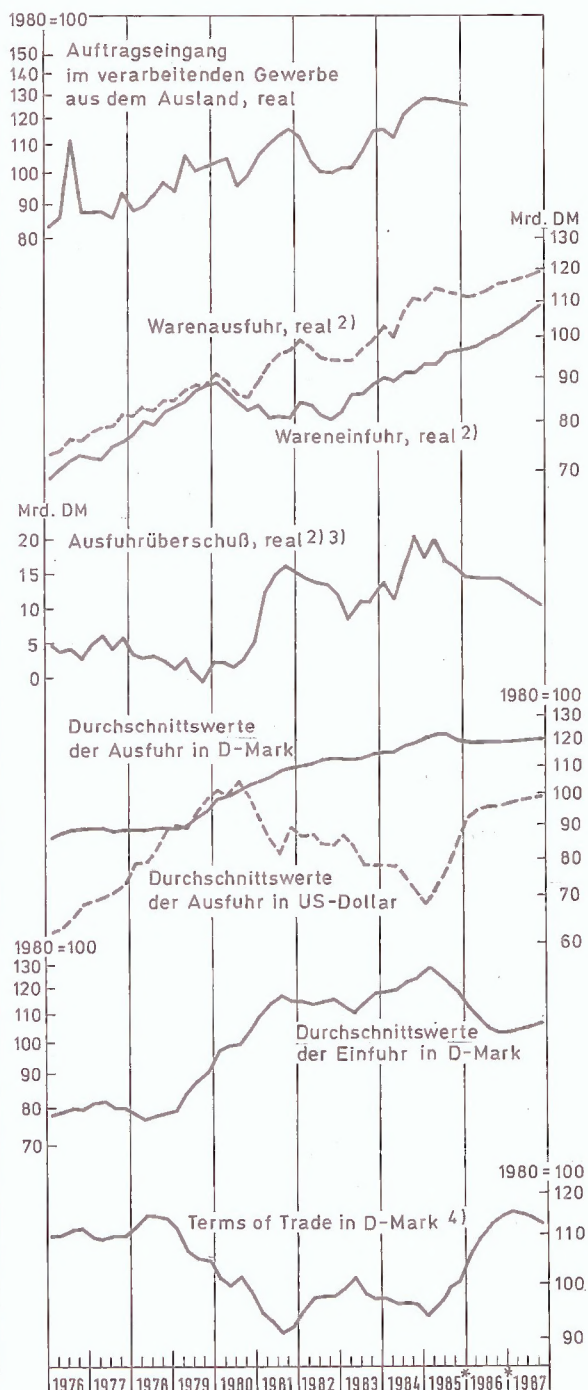
schaft zurückbleiben. Die laufenden Transfers werden im Durchschnitt des kommenden Jahres sogar etwas schwächer als in diesem Jahr steigen. Zum Teil ergibt sich dies aus demografischen Tendenzen (Kriegsopferversorgung, Kindergeld), zum Teil auch daraus, daß die Aufwendungen für Arbeitslose wohl etwas zurückgehen werden. Die Sozialhilfe wird indes weiter steigen. Insgesamt werden die Ausgaben des Staates 1987 mit knapp 4 vH abermals etwas weniger erhöht werden, als die Einnahmen zunehmen (reichlich 4 vH). Bei den Einnahmen wirkt sich dämpfend aus, daß die Gewinnabführung der Bundesbank aufgrund niedrigerer Zinseinnahmen deutlich geringer sein wird als in diesem Jahr; der Zuwachs der Sozialbeiträge wird sich vor allem deshalb etwas vermindern, weil der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung um einen halben Prozentpunkt (auf 18,7 vH) gesenkt wird. Insgesamt wird das Staatsdefizit weiter, auf etwa 15 Mrd. DM, sinken. Die Verminderung um etwa 5 Mrd. DM kommt voll den Gebietskörperschaften zugute; der Überschuß der Sozialversicherung wird etwa ebenso hoch wie 1986 ausfallen.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden im kommenden Jahr mit unvermindertem Tempo, also mit einer Rate von rund 5 vH, steigen. Eine gewisse Abschwächung wird es allerdings beim Zuwachs der Nettoeinkommen der Arbeitnehmer geben, die bei praktisch unverändertem Anstieg der Bruttobezüge — die Komponenten Beschäftigungsentwicklung und Bezahlung je Stunde dürften sich von denen in diesem Jahr kaum unterscheiden — aufgrund der wieder greifenden Progression der Lohnsteuer nur um 4,5 vH expandieren werden. Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte könnten sogar etwas stärker steigen als das verfügbare Einkommen, da sich die Sparneigung wohl wieder auf eine Quote von 12 vH einpendeln wird. Dennoch wird auch dann der reale private Verbrauch im kommenden Jahr nur abgeschwächt zunehmen; der Zuwachs wird von einer Steigerungsrate von etwa 4,5 vH in diesem Jahr auf etwa 3,5 vH im nächsten zurückfallen. Ausschlaggebend hierfür ist der Wegfall der günstigen außenwirtschaftlichen Effekte auf die Preissteigerungsraten: Bei den unterstellten Tendenzen von Wechselkurs und Ölpreis werden die Einfuhrpreise zwar im Jahresdurchschnitt 1987 noch einmal geringfügig unter dem Niveau von diesem Jahr liegen, im Jahresverlauf jedoch fühlbar steigen. Damit setzen sich beim Anstieg der Verbraucherpreise wieder die „hausgemachten“ Tendenzen durch, die zur Erhöhung der Preise des privaten Verbrauchs um etwa 2 vH führen. Auch mit der durch den Preisanstieg etwas gedämpften Entwicklung bleibt der reale private Verbrauch im kommenden Jahr aber ein Konjunkturmotor.

Die reale Güterverwendung im Inland wird sich im Jahresdurchschnitt 1987 um reichlich 3 vH erhöhen. Weit stärker und auch stärker als der Export werden die Einfuhren zunehmen, nämlich um etwa 6 vH. Diese Einfuhrbeschleunigung ergibt sich bei anhaltender Steigerung

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

saisonbereinigte Werte 1)



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.— 2) Spezialhandel, in Preisen von 1980. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt.— 3) Linearer Maßstab.— 4) Terms of Trade auf Basis der Durchschnittswerte.—

* Ab 2. Quartal 1986 Vorausschätzung des DIW.

DIW 86

der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der damit steigenden Einfuhr bei Vorprodukten vor allem aus den verzögerten Mengeneffekten der DM-Aufwertung. Die unterschiedlich starke Zunahme der Ausfuhr und der Einfuhr führt zu einer weiteren Verminderung des realen Außenbeitrags, der (zu Preisen von 1980) nur noch 55 Mrd. DM erreichen dürfte, nach 78 Mrd. DM im Jahre 1985. Anders die Entwicklung der nominalen außenwirtschaftlichen Überschüsse: Da die Terms of Trade nach dem großen Sprung nach oben, der in diesem Jahr zu verzeichnen ist, auch 1987 noch einmal leicht steigen werden, ergibt sich für den nominalen Außenbeitrag eine Erhöhung auf über 100 Mrd. DM. Der Überschuß der Leistungsbilanz steigt ebenfalls weiter, nämlich auf etwa 65 Mrd. DM; in der Abgrenzung der Zahlungsbilanz sind das 70 Mrd. DM.

Die Entwicklung der Leistungsströme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der übrigen Welt hat damit zwei sehr unterschiedliche Effekte: Bei Betrachtung der realen Größen räumt die Bundesrepublik ausländischen Anbietern steigende Marktanteile ein und gibt damit Beschäftigungsimpulse nach außen; bei Betrachtung der nominalen Größen trägt die Bundesrepublik zur weiteren Vergrößerung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt bei.

Die real abnehmenden außenwirtschaftlichen Überschüsse bedeuten, daß das Sozialprodukt weniger stark zunimmt als die reale Inlandsnachfrage. 1987 wird es abermals um rund 2,5 vH wachsen. Im konjunkturellen Verlauf zeichnet sich dabei — abgesehen von gewissen Basiseffekten im ersten Halbjahr — keine bedeutsame Tempoveränderung ab.

Für den Arbeitsmarkt bringt eine solche Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion tendenziell ähnliche Wirkungen wie im laufenden Jahr. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer — wie auch die der Erwerbstätigen insgesamt — erhöht sich um rund 1 vH, die der Arbeitslosen wird sich, eine Verringerung des Zustroms aus der stillen Reserve vorausgesetzt, um etwa 100 000 vermindern. Im Jahresdurchschnitt beträgt dabei die Zahl der Arbeitslosen 2,15 Millionen (Arbeitslosenquote: 8,7 vH), in der zweiten Jahreshälfte wird sie in Richtung 2 Millionen tendieren.

1987 wird es damit wiederum zwar eine geringfügige Verbesserung der Gesamtlage am Arbeitsmarkt geben, das Problem der Arbeitslosigkeit bleibt aber auch im kommenden Jahr weit von einer Lösung entfernt.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Die wirtschaftspolitischen Instanzen der Bundesrepublik sind nach wie vor mit der Aufgabe konfrontiert, die Situation am Arbeitsmarkt entscheidend zu verbessern. Zugleich stehen sie unter erheblichem internationalen

Druck. Man erwartet angesichts der überaus günstigen Konstellation von Preisstabilität und Leistungsbilanzüberschuß, daß Geld- und Finanzpolitik aktiv dazu beitragen, die bisher ungleichgewichtige Entwicklung des Aufschwunges innerhalb der Gruppe der westlichen Industrieländer zu korrigieren. Unter den hier gemachten Annahmen über die Wirtschaftspolitik ist indes weder für dieses noch für das nächste Jahr mit einer nennenswerten Korrektur der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu rechnen. Im Gegenteil, der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik wird sich 1986 gegenüber dem schon hohen Wert im Vorjahr nahezu verdoppeln.

Mit dem einfachen Hinweis auf untaugliche „Lokomotivtheorien“ können die an die Bundesrepublik gerichteten Forderungen nicht abgetan werden. Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht ist auch Spiegelbild unzureichender Dynamik im Inneren. Die Perspektive verheißt auch über das Jahr 1987 hinaus keine Lösung der Arbeitsmarktp Probleme. Die Zahl der Arbeitslosen wird trotz der zu erwartenden Zunahme der Beschäftigung auch am Ende des Jahres 1987 noch nicht unter die Zwei-Millionengrenze gesunken sein.

Dennoch scheint es gute Argumente zu geben, die Zweifel am Erfolg einer expansiveren Wirtschaftspolitik begründen. Vorwiegend wird geltend gemacht:

- Die Bundesrepublik habe in der Weltwirtschaft nicht genügend Gewicht, um als „Lokomotive“ zu fungieren. Zudem müßten die USA selbst für eine Ursachen-therapie ihrer Probleme sorgen. Eine Korrektur des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts sei ohnehin durch die seit einem Jahr in Gang befindliche Abwertung des US-Dollars angelegt.
- Eine expansivere Finanzpolitik habe sich schon in der Vergangenheit als untauglich erwiesen, größere Dynamik und einen Abbau der Arbeitslosigkeit in Gang zu bringen, sondern sie habe lediglich zu Staatsdefiziten geführt, die Erwartungen destabilisieren und Zinssenkungen verhindern.
- Expansivere Geldpolitik schaffe neues Inflationspotential, ohne für ausreichendes Wachstum sorgen zu können, denn die Fähigkeit der Geldpolitik, dauerhaft niedrigere Zinsen herbeizuführen, sei durch die Reaktionsweise der Geld- und Kapitalmärkte eng begrenzt. Zudem weiche die Geldmengenausweitung in der Bundesrepublik derzeit schon deutlich von ihrem Zielkorridor nach oben ab. Auch müsse man die Schwäche der D-Mark im Europäischen Währungssystem als Restriktion für weitere Zinssenkungen in Betracht ziehen.

Zwar können viele dieser Argumente nicht in jeder wirtschaftlichen Situation einfach beiseite geschoben werden. Gegenwärtig dürfte ihr Gewicht aber bei weitem nicht so groß sein, als daß die Risiken in Kauf genommen werden sollten, die die zur Zeit absehbare Wirtschaftspolitik in sich birgt.

Wer darauf setzt, daß allein die in Gang gekommene Wechselkurskorrektur ausreicht, um die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu beseitigen, muß die unterschiedliche Wirkungsweise von Wechselkursänderungen auf der einen und von expansiverer Politik auf der anderen Seite mit ins Bild nehmen. Zunächst erhöht die mit der Dollarabwertung verbundene Verbesserung der Terms of Trade nämlich den deutschen Leistungsbilanzsaldo und vergrößert damit die Gefahr, daß es — wie schon Ende der 70er Jahre — zu einer weit stärkeren Wechselkursreaktion kommt, als es den wirtschaftlichen Gegebenheiten angemessen wäre. Eine kumulative Abwertung des Dollars gefährdet dann nicht nur die Wettbewerbsposition vieler deutscher Unternehmen, sondern sie müßte früher oder später doch zu den wirtschaftspolitischen Gegenreaktionen führen, die gerade vermieden werden sollen. Auf längere Sicht noch gefährlicher für die deutsche Wettbewerbsposition wäre es, wenn die Aufblähung des deutschen Überschusses zum Durchbruch der protektionistischen Tendenzen in einigen Ländern führen würde. Erfahrungsgemäß sind einmal eingeführte Handelsbeschränkungen nur schwer wieder aufzuheben und versperren bisher offene Märkte für lange Zeit.

Dagegen führte die Strategie stärkerer Expansion im Inneren unmittelbar und vermutlich schnell über höhere Einfuhren zur Entlastung der Leistungsbilanzen, ohne die Wettbewerbsposition der Exporteure in der Bundesrepublik zu gefährden.

Das Bild der „Lokomotive Bundesrepublik“ ist in vieler Hinsicht irreführend. Es kann nicht in erster Linie darum gehen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik die Weltwirtschaft wieder in Fahrt bringt. Aber wer darauf setzt, daß eine exportgetragene Aufwärtsentwicklung durch eine von inländischen Nachfragekomponenten getragene abgelöst wird, tut ohnehin nichts anderes, als mehr von der gesamten weltweiten Nachfrage selbst zu übernehmen. Worüber man diskutieren kann, ist nur das Ausmaß, in dem man sich zu engagieren bereit ist. Die USA haben, von Beginn dieses Aufschwungs an, den expansiven Weg eingeschlagen, um ihre eigenen Ungleichgewichte zu bekämpfen. Daß dabei neue Ungleichgewichte entstanden sind, liegt nicht zuletzt an der ‚Trittbrettfahrer-Rolle‘, die die anderen großen Industrieländer bisher eingenommen haben. So war der Aufschwung bisher fast durchweg vom Export — besonders dem in die USA — getragen. Ohne das amerikanische „Beschäftigungsprogramm“ hätten die europäischen Länder schon viel früher eigene Anstrengungen unternehmen müssen. Dies jetzt zu verweigern und die USA auf die Beseitigung ihrer Ungleichgewichte als Lösung für die weltwirtschaftlichen Probleme zu verweisen, hieße, die Erklärung für die weltwirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen drei Jahren auf den Kopf stellen.

Die Ineffizienz staatlicher Beschäftigungsprogramme als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit gilt heute bei vielen Beobachtern als erwiesen. Doch auch hier ist

eine differenzierte Sicht angebracht. Tatsächlich haben viele Programme in der Vergangenheit keine unmittelbar zurechenbaren Beschäftigungswirkungen gezeigt. Einerseits lag das daran, daß viele Programme von nachfragemindernden Einsparungen an anderer Stelle des Haushalts begleitet waren. Andererseits wurde eine Reihe von Programmen durch restriktive Geldpolitik konterkariert. Wenn ein staatliches Beschäftigungsprogramm von der Geldpolitik nicht alimentiert wird, sondern auf Zinssteigerungen trifft, muß man in der Tat seine Gesamtwirkung als gering einschätzen. Schließlich, daß staatliche Defizite Erwartungen destabilisieren und das Vertrauen der Anleger in eine Volkswirtschaft erschüttern, läßt sich am Beispiel der USA nicht belegen.

Das Argument, Konjunkturprogramme wirkten destabilisierend, könnte überzeugend ohnehin nur von jemandem vorgetragen werden, der selbst einen auf Stetigkeit gerichteten Kurs auch in der Finanzpolitik verfolgt. Eine Finanzpolitik, welche die im Konjunkturzyklus — in der Regel überproportionalen — Veränderungen des staatlichen Einnahmenstroms in Veränderungen des Ausgabenstroms umsetzt, ist in jedem Falle in weit höherem Maße destabilisierend. Die jüngste Haushaltssperre des Bundesfinanzministers, die teilweise mit Mindereinnahmen begründet wird, ist hierfür ein erneutes Beispiel. Die Alternative zu einer Politik antizyklischer Konjunkturprogramme ist eine Verstetigung staatlicher Ausgabenströme auf einem unter dem Gesichtspunkt gesamtwirtschaftlicher Nachfrage angemessenen Pfad.

Wer in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Lokomotivtheorie und den Erfahrungen vom Jahre 1978 auf die unerwünschten Folgen von Beschäftigungsprogrammen und expansiver Geldpolitik für das Preisniveau hinweist, muß auch zur Kenntnis nehmen, daß 1979 mit über 400 000 zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen das beste Jahr für die Beschäftigung seit 1970 war. Konjunkturrell betrachtet ist es naheliegend, die Beschäftigungszunahme des Jahres 1979 mit dem für 1987 zu erwartenden zu vergleichen. Nach dieser Prognose wird im kommenden Jahr mit rund 200 000 zusätzlich beschäftigten Personen weniger als die Hälfte des Wertes von 1979 erreicht. Im gesamten Vergleichszeitraum (1984–1987) steigt die Beschäftigung nur um 60 vH des im letzten Zyklus (1977–1980) erreichten Wertes. Daß nach 1979 — im Zuge der zweiten Ölpreisexplosion und weltweit restriktiver Wirtschaftspolitik — die Arbeitslosigkeit wieder sprunghaft stieg, ist nicht der Nachfragestimulierung in den Jahren 1978 und 1979 anzulasten. Aus dem häufig zu hörenden Argument, jeder größere wirtschaftspolitische Schritt hin zu einem hohen Beschäftigungsstand im Konjunkturzyklus berge das Risiko einer neuen Stabilisierungskrise, könnte nur der resignative Schluß gezogen werden, daß es keine offensiven Wege zum Abbau der Arbeitslosigkeit gebe.

Äußerst umstritten in der wirtschaftspolitischen Diskussion ist die Frage, ob die Geldpolitik unter außen- und bin-

nenwirtschaftlichen Gesichtspunkten expansiver gestaltet werden sollte. Vielfach wird zur Beurteilung des geldpolitischen Kurses die Abweichung der Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge von dem von der Bundesbank selbst gesetzten Ziel herangezogen. Nach diesem Maßstab stellt sich die Frage stärkerer Expansion nicht, weil das Ziel seit einigen Monaten deutlich überschritten wird. Doch heißt das, dem Zieltrichter der Bundesbank eine Objektivität zuzumessen, die er aus konzeptionellen Gründen nicht besitzen kann. Das zeigt sich schon am Vergleich mit anderen, ebenso gut begründeten Konzepten. Nimmt man etwa die Linie, die die Gemeinschaftsdiagnose in den letzten Jahren als Expansionspfad empfohlen hat, dann liegt die derzeitige Geldmenge genau auf der richtigen Linie. Nimmt man die geldpolitische Konzeption des Sachverständigenrates, bewegt sich der tatsächliche Geldmengenzuwachs auch Mitte dieses Jahres — wie schon seit Beginn des Jahres 1984 — noch unter der empfohlenen Ziellinie¹.

Die Ambivalenz des Zielkonzepts kommt aber nicht nur in der Wahl der jeweiligen Basis für die Jahreszuwachsrate und in der Wahl des Geldmengenaggregats zum Ausdruck. Die Komponenten, aus denen sich der für richtig gehaltene Zuwachs errechnet, sind selbst in weiten Grenzen interpretierbar. So erweist sich die Wachstumsrate des Produktionspotentials als reale Basis für die Geldmengenexpansion immer mehr als fragwürdig. Die Vorstellung, die Bundesbank könne lediglich kurzfristige Nachfrageimpulse geben, nicht aber das Wachstum des Produktionspotentials selbst beeinflussen, geht an den relevanten Zusammenhängen vorbei. Das Wachstum des Produktionspotentials kann nur durch eine stärkere Zunahme der Investitionen beschleunigt werden. Die Dynamik der Investitionsnachfrage läßt sich aber nicht von der Dynamik der Gesamtnachfrage trennen und die Verwendungsstruktur des Bruttosozialprodukts sich nicht beliebig zugunsten der Investitionen verändern. Soll also das Produktionspotential kräftig steigen, muß ein wesentlich höheres Wachstum des Sozialprodukts spannungsfrei finanziert werden.

Die Behauptung, eine Geldmengenexpansion, die über 5 vH hinausgeht, schaffe ein Inflationspotential und führe zur Verunsicherung der Anleger am Kapitalmarkt, was wiederum Zinssenkungsbemühungen konterkariere, impliziert die Annahme, die Wirtschaft der Bundesrepublik könne auch unter den derzeit günstigen Rahmenbedingungen nicht stärker als mit etwa 2,5 vH real expandieren.

Das Produktionspotential ist ein irreführender Indikator, wenn es auf der Basis der Fehlentwicklungen in den vergangenen Jahren ermittelt wird. Die Zunahme der Geldmenge kann den Spielraum für die Expansion des nomi-

¹ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten 1985/86, Schaubild 21. Dabei ist die Zielvorstellung des Sachverständigenrats auf der angenommenen Basis von 1984 zu extrapolieren.

nenal Bruttosozialprodukts zu stark begrenzen². Im Jahr 1985 beispielsweise stieg die Zentralbankgeldmenge im Durchschnitt um 4½vH, das nominale Bruttosozialprodukt ebenfalls um 4½vH, das reale um 2½vH.

Die Risiken, die in einem stärkeren Zuwachs der Geldmenge liegen, sind gering. Inflationspotential würde dabei nicht aufgebaut, vielmehr Raum zu stärkerer Expansion des Sozialprodukts geschaffen. Das prognostizierte Wachstum des realen Sozialprodukts könnte unter günstigeren wirtschaftspolitischen Bedingungen deutlich übertroffen werden. Ein Rückschlag wie im Winterhalbjahr kommt nicht unabhängig vom wirtschaftspolitischen Kurs zustande.

Die gegenwärtige Schwäche der D-Mark im Europäischen Währungssystem sollte nicht zum Anlaß genommen werden, den jetzt expansiveren Kurs der Geldpolitik zu verlassen. Kurz nach der Aufwertung der D-Mark im April ist diese Schwäche nicht Ausdruck fundamentaler Ungleichgewichte, sondern spricht — wie in vergleichbaren Phasen der Vergangenheit — nur für die Erwartung des Marktes, daß nicht schon bald mit einem neuen Realignment zu rechnen ist. Erfahrungsgemäß wird die D-Mark-Schwäche ein temporäres Phänomen bleiben und durch einen glaubwürdigen wirtschaftspolitischen Kurs nicht verstärkt werden. Sogar das Gegenteil ist nicht auszuschließen. Wie das Beispiel der USA in den letzten Jahren zeigt, kann eine stärkere konjunkturelle Aufwärtsbewegung durchaus zu Aufwertungserwartungen führen, weil die Anleger mit hohen Renditen der Sachanlagen rechnen.

Insgesamt gesehen sprechen die Risiken der internationalen und der nationalen Entwicklung für eine Kursänderung der Wirtschaftspolitik. Das bedeutet nicht eine Empfehlung für die Verabschiedung kurzfristiger Programme zur Nachfragestimulierung, wohl aber eine Kursänderung, bei der der von allen Politikbereichen auf die Entfaltung der Nachfrage ausgeübte Druck abgebaut wird. Nur dann werden mehr Wachstum und mehr Beschäftigung möglich.

Für die Geldpolitik bedeutet dies, daß die monetäre Expansion stärker sein sollte, als es von der Bundesbank vorgesehen ist. Die Zentralbankgeldmenge sollte auch in der nächsten Zeit zumindest auf dem in den letzten Monaten erreichten, gegenüber dem Vorjahr erhöhten, Wachstumspfad gehalten werden. Dies erlaubt nicht nur die Finanzierung eines stärker zunehmenden realen Einkommens und der für das Bruttosozialprodukt zu erwartenden maßvollen Preisniveausteigerung, sondern trüge auch dem trendmäßigen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit angemessene Rechnung.

Für die Finanzpolitik ist angesichts der erreichten Konsolidierung und der bestehenden Arbeitsmarktp Probleme ein weiterer Abbau des staatlichen Defizits nur schwer zu begründen. Künftige Generationen werden durch die Konsolidierung nicht entlastet, wenn der Staat wegen der

Konsolidierung wichtige Aufgaben zurückstellt. Statt dessen wird deren Lösung dann aller Voraussicht nach eine sehr viel größere Einschränkung des Lebensstandards mit sich bringen als eine höhere Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte. Das gilt insbesondere für den Umweltschutz, wo die Dringlichkeit der Sanierung von Altlasten schon heute die Versäumnisse in der Vergangenheit offenlegt. Das gilt weiterhin für die Aufgabe, eine sichere, ressourcenschonende und umweltverträgliche Energieversorgung für die Zukunft aufzubauen. Auch die jahrelange finanzielle Auszehrung der Hochschulen wird in zukünftigen Generationen überproportional zu Buche schlagen. Schließlich liegen in der Pflege und Erhaltung des Gebäude- und Anlagenbestandes erhebliche Potentiale.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, müssen vor allem die Gemeinden stetiger als bisher mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden. Daß gerade unter langfristigen Gesichtspunkten drängende Aufgaben zurückgestellt werden, weil viele Gemeinden wegen steigender Sozialhilfeverpflichtungen infolge langandauernder Arbeitslosigkeit über keine entsprechenden Mittel verfügen, während andere Gemeinden Überschüsse erzielen, kann nicht befriedigen. Hier müssen mittelfristig Ausgleichsregelungen gefunden werden.

Bund und Länder sollten ebenfalls zu einer Neuorientierung ihrer Ausgabenpolitik kommen. Die spezielle Förderung privater Investitionen — auch im Forschungs- und Technologiebereich — ist nach der günstigen Gewinnentwicklung der Unternehmen in den letzten Jahren nicht mehr vordringlich, vor allem, wenn am Ziel einer allgemeinen Steuerentlastung festgehalten wird.

All dies zeigt beispielhaft, daß es zwischen kurzzeitigem Beschäftigungsprogramm und strikter Konsolidierung Mittelwege gibt, die die Nachteile des einen wie des anderen vermeiden. Finanzpolitischer Aktionismus ist ebenso wie dogmatische Sparsamkeit kein guter Ratgeber, wenn es um die Bewältigung der Probleme von heute und morgen geht. Worauf es ankommt, ist mehr Stetigkeit staatlichen Ausgabeverhaltens, die zugleich eine Voraussetzung für die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit staatlicher Wirtschaftspolitik ist.

Die lohnpolitischen Vereinbarungen der Tarifpartner müssen die Expansionsstrategie flankieren. Das wäre der Fall, wenn bei dem beschriebenen geldpolitischen Kurs die Lohnabschlüsse im nächsten Jahr Anschluß an die diesjährige Linie wahrten. Das bedeutet auch, daß dann die Gewerkschaften den hohen Reallohnzuwachs in diesem Jahr als das nehmen, was er ist: ein einmaliges

² Abgesehen von einem möglichen Anstieg der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Zyklisch ist das nur über einen Zinsanstieg und die damit verbundene Rationalisierung der Kassenhaltung zu erreichen, worauf zu setzen gerade gegenwärtig äußerst risikoreich wäre. Im Trend sinkt die Umlaufgeschwindigkeit in der Bundesrepublik seit vielen Jahren.

Ereignis infolge der Einfuhrverbilligung. Im Jahr 1987 werden sich die Preise auf der Verbraucherstufe unter Status-quo-Bedingungen wegen des Wegfalls der Sonderfaktoren um etwa 2 vH erhöhen, so daß ein Nominallohnzuwachs von 6 vH nötig wäre, sollten Reallohnsteigerungen von 4 vH erzielt werden. Das würde aber die Preise über die zu erwartenden 2 vH hinaus steigen

lassen und damit die von der Geldpolitik anzubietenden Expansionsspielräume für mehr reales Wachstum und mehr Beschäftigung durch hohe Preis- und Kostensteigerungen absorbieren. Das schließt höhere Reallohnzuwächse für den Fall nicht aus, daß eine Strategie stärkeren Wachstums über höhere Produktionszuwächse zu niedrigeren Preissteigerungen führt.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1986 und 1987

	1985	1986	1987	1985		1986	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	0,7	1	1	0,6	0,8	1	1
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	- 0,5	- 1	- 1	0,0	- 0,9	- 1	- 0,5
Arbeitstage	- 0,6	0,1	0,4	- 1,9	0,7	- 0,2	0,4
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	- 0,4	0,5	0,5	- 1,3	0,6	0	0,5
Produktivität ¹	2,9	2,5	2	3,4	2,4	2	2,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	2,5	2,5	2,5	2,0	3,0	2	3
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	1 027,3	1 071	1 131	493,9	533,4	511,5	559,5
Staatsverbrauch	365,7	382,5	399,5	168,5	197,2	176	206
Anlageinvestitionen	359,3	376	402,5	161,4	197,9	167	209
Ausrüstungen	153,9	166,5	181	68,6	85,3	73	93,5
Bauten	205,4	209,5	221,5	92,8	112,6	94	115,5
Vorratsveränderung	14,2	15,5	13,5	21,0	- 6,8	15,5	0
Außenbeitrag	71,4	98	104	29,5	41,8	48	50
Ausfuhr	647,4	648,5	682,5	318,3	329,1	320	328,5
Einfuhr	576,0	550,5	578,5	288,8	287,3	272	278,5
Bruttosozialprodukt	1 837,9	1 942,5	2 050	874,4	963,5	918,5	1 024,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,7	4,5	5,5	2,9	4,5	3,5	5
Staatsverbrauch	4,3	4,5	4,5	4,1	4,5	4,5	4,5
Anlageinvestitionen	1,3	4,5	7	0,2	2,3	3,5	5,5
Ausrüstungen	11,9	8	9	16,6	8,3	6,5	9,5
Bauten	- 5,3	2	6	- 9,2	- 1,9	1	2,5
Ausfuhr	10,0	0	5	12,7	7,6	0,5	0
Einfuhr	7,1	- 4,5	5	9,3	4,9	- 6	- 3
Bruttosozialprodukt	4,6	5,5	5,5	3,8	5,4	5	6,5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980 a) Mrd. DM							
Privater Verbrauch	856,2	893,5	925,5	411,5	444,8	426,5	466,5
Staatsverbrauch	315,5	323	330	152,7	162,9	156,5	166,5
Anlageinvestitionen	313,8	322,5	336,5	141,3	172,5	144	178,5
Ausrüstungen	130,5	138,5	147	58,4	72,1	61,5	77,5
Bauten	183,4	184	189,5	83,0	100,4	82,5	101
Vorratsveränderung	12,2	16,5	12,5	18,4	- 6,2	15	1,5
Außenbeitrag	78,2	62	55	37,6	40,7	34,5	27,5
Ausfuhr	545,6	552,5	576	268,7	276,9	272,5	280,5
Einfuhr	467,4	490,5	521	231,2	236,2	238	253
Bruttosozialprodukt	1 576,0	1 617,5	1 659,5	761,4	814,6	776,5	841
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	1,7	4,5	3,5	0,7	2,7	3,5	5
Staatsverbrauch	2,1	2,5	2	1,4	2,7	2,5	2,5
Anlageinvestitionen	- 0,3	3	4,5	- 1,7	0,8	2	3,5
Ausrüstungen	9,3	6	6	13,5	6,1	5	7,5
Bauten	- 6,2	0,5	3	- 10,2	- 2,7	- 0,5	1
Ausfuhr	7,2	1,5	4	9,1	5,5	1,5	1
Einfuhr	4,7	5	6	4,7	4,7	3	7
Bruttosozialprodukt	2,4	2,5	2,5	1,9	2,9	2	3

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1985	1986	1987	1985		1986	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100)							
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	2,0	0	2	2,2	1,8	0	0
Staatsverbrauch	2,2	2	2,5	2,6	1,8	2	2
Anlageinvestitionen	1,7	2	2,5	1,9	1,5	1,5	2
Ausrüstungen	2,3	2	2,5	2,7	2,1	1,5	2
Bauten	0,9	1,5	2,5	1,1	0,8	1,5	2
Ausfuhr	2,6	-1	1	3,3	2,0	-1	-1,5
Einfuhr	2,3	-9	-1	4,5	0,1	-8,5	-9,5
Bruttosozialprodukt	2,1	3	3	1,8	2,4	3	3
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	989,3	1 040,5	1 090,5	464,1	525,2	485,5	555
Bruttolohn- und -gehaltsumme	796,5	837	879	373,6	422,9	390,5	446,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	534,7	564	589	253,6	281,1	266	298
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	424,9	462	497,5	202,9	222,0	218,5	243,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	354,7	386,5	418,5	169,8	184,9	182,5	204
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²	345,2	363,5	388,5	165,0	180,2	172,5	190,5
Nichtentnommene Gewinne	9,5	23	30	4,8	4,7	9,5	13,5
Volkseinkommen	1 414,2	1 503	1 588	667,0	747,1	704	799
Abschreibungen	230,3	239,5	252	114,1	116,2	118,5	121
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	193,5	200	210	93,3	100,2	96	104,5
Bruttosozialprodukt	1 837,9	1 942,5	2 050	874,4	963,5	918,5	1 024,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,8	5	5	3,5	4,1	4,5	5,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,7	5	5	3,4	4,0	4,5	5,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,3	5,5	4,5	2,2	2,5	5	6
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	2,9	4	4	2,7	3,1	3,5	4,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	1,6	4,5	3,5	1,5	1,6	3,5	5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,0	9	7,5	5,4	10,4	7,5	10
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	7,6	9	8,5	4,7	10,4	7,5	10,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²	7,7	5,5	7	7,5	7,9	4,5	6
Volkseinkommen	5,0	6,5	5,5	4,1	5,9	5,5	7
Abschreibungen	4,3	4	5	4,5	4,1	4	4,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	1,9	3,5	5	0,7	3,0	2,5	4
Bruttosozialprodukt	4,6	5,5	5,5	3,8	5,4	5	6,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte							
a) Mrd. DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	534,7	564	589	253,6	281,1	266	298
Empfangene laufende Übertragungen ³	296,8	308,5	317,5	147,9	148,8	153,5	155
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	384,0	405,5	436	186,8	197,2	195	210,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	17,9	18,5	19	8,9	9,0	9	9,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁴	35,0	37	38	16,8	18,2	17,5	19,5
Verfügbares Einkommen	1 162,6	1 222,5	1 285,5	562,7	599,9	587,5	635
Privater Verbrauch	1 027,3	1 071	1 131	493,9	533,4	511,5	559,5
Ersparnis	135,3	151,5	155	68,7	66,6	76	75,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,6	12,5	12	12,2	11,1	13	12

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1985	1986	1987	1985		1986	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltssumme	2,3	5,5	4,5	2,2	2,5	5	6
Empfangene laufende Übertragungen ³	2,2	4	3	2,0	2,4	4	4
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	7,0	5,5	7,5	7,2	6,8	4,5	6,5
Verfügbares Einkommen	3,8	5	5	3,6	3,9	4,5	6
Privater Verbrauch	3,7	4,5	5,5	2,9	4,5	3,5	5
Ersparnis	4,1	12	2	9,3	-0,8	10,5	13,5
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁵							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	459,6	479	504	215,5	244,1	224	255
Sozialbeiträge	320,3	336,5	351	151,0	169,2	158	178,5
Erwerbseinkünfte	34,9	35	33	17,2	17,7	18,5	16,5
Sonstige laufende Übertragungen	21,3	22	22,5	9,9	11,4	10,5	11,5
Empfangene Vermögensübertragungen	5,5	5	5	2,4	3,1	2,5	3
Einnahmen insgesamt	841,6	878	915,5	396,0	445,5	413	465
Ausgaben							
Staatsverbrauch	365,7	382,5	399,5	168,5	197,2	176	206
Zinsen	55,8	58,5	61,5	30,1	25,7	31,5	27
Laufende Übertragungen an	376,7	390,5	402	186,9	189,8	193	197,5
Private Haushalte	305,6	315,5	324,5	153,1	152,5	158	157,5
Unternehmen	40,3	42	43	18,1	22,2	19	23
Ausland	30,8	33	34,5	15,7	15,1	16,5	16,5
Geleistete Vermögensübertragungen	34,2	34	34,5	14,1	20,2	13,5	20
Nettoinvestitionen	29,4	31,5	34,5	11,1	18,3	12	20
Ausgaben insgesamt	861,8	897	931,5	410,7	451,2	426,5	470,5
Finanzierungssaldo	-20,3	-19	-16	-14,6	-5,7	-13,5	-5,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,6	4	5,5	4,0	5,1	4	4,5
Sozialbeiträge	5,1	5	4	5,0	5,2	4,5	5,5
Erwerbseinkünfte	9,5	1	-6	5,4	13,8	7,5	-5,5
Sonstige laufende Übertragungen	0,9	3	2,5	0,0	1,8	4,5	2
Empfangene Vermögensübertragungen	-6,5	-5,5	-3	-12,9	-0,6	-3,5	-7
Einnahmen insgesamt	4,8	4,5	4,5	4,2	5,3	4,5	4,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	4,3	4,5	4,5	4,1	4,5	4,5	4,5
Zinsen	5,9	5	4,5	6,0	5,8	5	5
Laufende Übertragungen an	1,9	3,5	3	2,5	1,3	3,5	4
Private Haushalte	2,4	3	3	2,3	2,5	3	3,5
Unternehmen	-0,3	4	2,5	2,3	-2,3	4	4,5
Ausland	0,1	7	4,5	5,2	-4,7	5	9
Geleistete Vermögensübertragungen	-0,5	-1,5	1,5	-3,3	1,5	-3,5	0
Nettoinvestitionen	-0,5	8	8	-6,9	3,8	7	8,5
Ausgaben insgesamt	3,0	4	4	2,9	3,1	4	4,5

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 3) Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen und auf Vorruhestandsgeld, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung, sowie der Beiträge von Unternehmen für Empfänger von Vorruhestandsgeld. — 4) Nichtzurechenbare Steuern, Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1985 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1986, S. 159 ff. und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; 1986 und 1987 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten auf 0 bzw. 0,5 gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

Beiträge zur Strukturforschung

- Heft 70 **Analyse und Projektion der Personenverkehrsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Rainer Hopf, Heilwig Rieke und Ulrich Voigt. 167 S. 1982. DM 98,—.
- Heft 71 **Das Sachvermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Görzig. 101 S. 1982. DM 38,—.
- Heft 72 **Zur Umstellung des internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel.** Von Hans Martin Duseberg. 67 S. 1982. DM 36,—.
- Heft 73 **Zeitlicher Zusammenhang zwischen Hochbaugenehmigung und Auftragseingängen im Konjunkturverlauf.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener. 170 S. 1983. DM 98,—.
- Heft 74 **Wohnungsbau und Wohnungsversorgung in beiden deutschen Staaten — ein Vergleich.** Von Manfred Melzer unter Mitarbeit von Wolfgang Steinbeck. 220 S. 1983. DM 142,—.
- Heft 75 **Budgetpolitik Österreichs im internationalen Vergleich.** Von Manfred Teschner und Dieter Vesper. 115 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 76 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West).** Eine Repräsentativerhebung für die Jahre 1977 bis 1981. Von Kurt Hornschild. VII, 161 S. 1983. DM 56,—.
- Heft 77 **Die Entwicklung des Personenverkehrs in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.** Von Hartmut Kuhfeld und Joachim Niklas unter Mitarbeit von Jutta Kloas. 156 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 78 **Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland — Entwicklung, Handel, Politik —.** Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Peter Hrubesch, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 330 S. 1984. DM 88,—.
- Heft 79 **Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel.** Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1983. 230 S. 1984. DM 68,—.
- Heft 80 **Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Ulrich Brasche, Christoph F. Büchtemann, Wolfgang Jeschek und Werner Müller. 255 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 81 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors —** Schwerpunktthema im Rahmen der Berichterstattung 1983 — Von Bernd Bartholmai, Oskar de la Chevallerie, Volker Meinhardt, Frank Stille, Dieter Teichmann und Dieter Vesper. 266 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 82 **Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen — eine Branchenstudie —** Von Arthur Boneß, Gerhard Neckermann, Rainer Pischner und Reiner Stäglin. 400 S. 1984. DM 98,—.
- Heft 83 **Vorausschätzung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege.** Von Bernd Bartholmai, Heinz Enderlein und Joachim Niklas. 324 S. 1985. DM 92,—.
- Heft 84 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen der Energieverteuerung und internationaler Energiepreisdifferenzen.** Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Renate Filip-Köhn und Manfred Horn unter Mitarbeit von Jürgen Blazejczak. 224 S. 1985. DM 78,—.
- Heft 85 **Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre.** Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Von Heinz Vortmann. 239 S. 1985. DM 156,—.
- Heft 86 **Leitdatenvorausschätzungen für Verkehrsprognosen — Konzeption, Modelle und Verbesserungsmöglichkeiten bisheriger Ansätze.** Von Herwig Birg und Ulrich Voigt. 131 S. 1985. DM 88,—.
- Heft 87 **Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel.** Von Doris Cornelsen, Andreas Koch, Horst Lambrecht und Angela Scherzinger. 319 S. 1985. DM 82,—.
- Heft 88 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980.** Von Jutta Kloas, Hartmut Kuhfeld, Uwe Kunert (DIW Berlin), Horst Focke, Dieter Wilken (DFVLR Köln), Henryk Bolik und Dieter Hölsken (IVV Aachen). 320 S. 1985. DM 86,—.
- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung.** Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 54. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1/1985. 134 S. DM 66,—

Subventionen in den USA — Versuch einer Quantifizierung und eines Vergleichs mit der Bundesrepublik Deutschland. Von *Frank Stille*.

Bestimmungsgründe der längerfristigen Insolvenzentwicklung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Von *Bernd Görzig*.

Die Konsummatrizen des DIW — Konzept und Ergebnisse. Von *Jochen Schmidt*.

Berufsbildung und Arbeitsbeschaffungsprogramme in ausgewählten EG-Ländern. Von *Bernhard Seidel* und *Joachim Volz*.

Zum Stand der Wirtschaftsreformen in China: Erfolge auf dem Lande — Neubeginn in den Städten. Von *Ernst Hagemann*.

Zur Fleischproduktion in den RGW-Ländern. Von *Maria Lodahl*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2/1985 108 S. DM 54,—

DIW-Symposion: Wirtschaftsreformen in Osteuropa — Effizienzsteigerung oder Sackgasse?

Leistungsschwäche und außenwirtschaftliche Belastungen der RGW-Volkswirtschaften. Von *Heinrich Machowski*.

Stagnierender Lebensstandard in Osteuropa. Von *Maria Elisabeth Ruban*.

Wirtschaftsreformen in der UdSSR: Wege zur Effizienzsteigerung oder Sackgasse? Von *Hans-Hermann Höhmann*.

Wirtschaftsreformen in Ungarn: Effizienzsteigerung oder Sackgasse? Von *Jochen Bethkenhagen*.

Wirtschaftsentwicklung und Reform in Bulgarien. Von *Gerhard Fink* und *Ilse Grosser*.

Ist die Schattenwirtschaft ein Reformansatz? Das Verhältnis der Wirtschaftsreformen in Osteuropa zur Schattenwirtschaft. Von *Friedrich Haffner*.

Wirtschaftsreformen in der UdSSR aus soziologischer Sicht. Von *Wolfgang Teckenberg*.

Wirtschaftsreformen in Osteuropa als Gegenstand der Wirtschaftstheorie. Von *Kazimierz Laski*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/1985 128 S. DM 64,—

Zur Erhebungstechnischen Anlage von Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Panelerhebungen. Von *Ute Hanefeld*.

Die disaggregierte Behandlung der Einkommensverteilung als Submodell der DIW-Version des ökonometrischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute. Von *Rudolf Zwiener*.

Das ökonometrische Konjunkturmodell der Wirtschaftsforschungsinstitute (Version 1984.4). Von der *Arbeitsgruppe „Ökonometrisches Modell“*.

Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1981. Von *Klaus-Dietrich Bedau*.

Bedeutung der Verkehrsstruktur für den Produktionsprozess. Von *Jürgen Blazejczak* und *Ulrich Voigt*.

Die Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft. Von *Eberhard Wettig*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer + 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Peter Ring (kommissarisch), Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1986/87. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.